Sind lange Haare fortschrittlich? Seite 6

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 12. Januar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Für Kapital, DGB-Führung und Regierung

Tarifbetrug beschlossene Sache!

Entlassungsdrohungen sollen Kampfkraft brechen!

8,5 % - das ist die obere Grenze, die der sogenannte "Sachverständigenrat" als Lohnerhöhung noch für "wirtschaftlich vertretbar hält". Der Vorsitzende des "Arbeitgeber"-verbandes Gesamtmetall Herbert van Hüllen droht für den Fall zweistelliger Lohnerhöhungen in "Bild am Sonntag" Entlassungen an. DGB-Chef Vetter fordert zur "Lösung wirtschaftlicher Probleme" die Bildung eines Gremiums von Kapitalistenvertretern, sogenannten 'Sachverständigen' und 'Wissenschaftlern' beim Bundeskanzleramt. Mit dieser Forderung befindet er sich in bester Gesellschaft: der Unternehmerverband fordert ebenfalls die Einrichtung eines 'Krisenstabes'.

Kapitalisten, ihre Bonner Regierung und die DGB-Führung verstärken im Zeichen der Krise zunehmend ihre Zusammenarbeit gegen die Arbeiterklasse. Obwohl zwischen diesen Herrschaften weiterer Lohnraub längst beschlossene Sache ist, haut die DGB-Führung gegenüber den Mitgliedern noch ziemlich auf den Putz: So trommelte Loderer zum Jahreswechsel, dem "DGB falle die Verantwortung zu, für einen angemessenen Kaufkraftzuwachs der Arbeitnehmereinkommen zu sorgen". In der Zeitung der IG Chemie, Papier, Keramik schreibt DGB-Vorsitzender Vetter: "Mit allen Mitteln muß verhindert werden, daß die negativen Auswirkungen der Konjunkturabschwächung, der Energie- und Rohstoffverknappung einseitig auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden."

Die gleichen Herren haben allerdings – der RM berichtete bereits darüber – auf dem kleinen Parteitag der SPD der von Finanzminister Schmidt propagierten "Härte in der Lohnpolitik" zugestimmt.

Bonzen der IG Textil organisierten in Metelen bei der Schließung einer Textilfabrik (Bericht S.4) die korrekte und schnelle Ausfüllung der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung. Diese Episode verdeutlicht mehr als 1 000 Worte den Charakter des DGB-Apparats: **immer mehr verfilzt er mit dem imperialistischen Staatsapparat, wie dieser ist er ein Apparat zur Unterdrükkung der Arbeiterklasse.**

Für die Millionen Kollegen, für die jetzt die Lohnrunden anstehen, gilt es dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Bosse und Bonzen bereiten die alljährliche Schmierenkomödie wieder einmal geschickt vor und jammern über die bevorstehenden "harten, sehr harten Verhandlungen". Was bei diesen "harten Verhandlungen" herauskommen wird, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein offenes Geheimnis: Verrat und Betrug!

Sich jetzt von den Entlassungsdrohungen der Kapitalisten einschüchtern zu lassen, den Verrätern von der DGB-Führung freie Hand zu lassen, heißt ein weiteres Sinken unserer Reallöhne hinzunehmen. Mit aller Deutlichkeit führt uns die Zusammenarbeit der DGB-Führung mit den Kapitalisten und der Bonner Regierung vor Augen: für mehr Lohn kämpfen heißt den Tariffrieden brechen. Von dem zwischen Kapitalisten und DGB-Führung ausgemauschelten Tarifbetrug ist nichts zu erwarten.

BRECHT DEN TARIFFRIEDEN!

KAMPF JEDER ENTLASSUNG!

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTS-OPPOSITION!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

CISNU - WELTKONGRESS

Iranischen Patrioten Einreise verweigert!

Von 3. bis 5. Januar fand in Frankfurt der Weltkongreß der Conföderation Iranischer Studenten (Cisnu) statt. Die Bundesregierung verweigerte iranischen Patrioten und Antifaschisten aus Frankreich und Italien, die an dem Kongreß teilnehmen wollten, die Einreise. In der Begründung wird angeführt, der Kongreß sei geeignet, die guten Beziehungen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik zu stören.

Wie die guten Beziehungen des westdeutschen Imperialismus zum Henker-Regime des Schahs aussehen, ist bekannt. Der westdeutsche Imperialismus hat in großem Maßstab im Iran investiert. Im September letzten Jahres gab das Bundeswirtschaftsministerium bekannt, daß der westdeutsche Imperialismus im Iran noch weiter zu expandieren gedenkt.

Auf dem Höhepunkt des Erdölboykotts der arabischen Staaten konnten die westdeutschen Imperialisten erfreut feststellen, daß der Schah sogar bereit war, die Erdöllieferungen zu steigern.

Diese guten Beziehungen (sprich Millionengeschäfte) pflegt der westdeutsche Imperialismus, indem er verstärkten Terror gegen in Deutschland lebende iranische Patrioten ausübt, sie an das Henkerregime des Schahs ausliefert und die Cisnu – wie GUPA und GUPS – mit dem Verbot bedroht. Demonstrationen gegen das Schahregime werden – wie unlängst in Köln – verboten. Unvergessen ist, daß Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Schah erschossen wurde.

HÄNDE WEG VON DER CISNU!

WEG MIT DEM VERBOT VON GUPA UND GUPS!

NIEDER MIT DEM SCHAH-REGIME!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

TROTZ ALLEDEM!

Zum 55. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

"Das Blut der Besten der weltumspannenden proletarischen Internationale, der unvergeßlichen Führer der sozialistischen Weltrevolution wird immer neue Arbeitermassen stählen zum Kampf auf Leben und Tod. Und dieser Kampf wird zum Siege führen."

Lenin.



Am 15. Januar dieses Jahres jährt sich zum 55. Mal der Tag, an dem die großen Führer der deutschen Arbeiterklasse, die Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von den Henkern der sozialdemokratischen Regierung erschlagen wurden. Liebknecht und Luxemburg galt der Haß der gesamten Reaktion: der Krupp und Thyssen, der Fürsten und Barone, der Generale und nicht zuletzt der Noske, Ebert und Scheidemann.

Schon Monate vor ihrer Ermordung klebten an den Wänden Handzettel, die zur Ermordung Liebknechts und Luxemburgs aufriefen. Als aber der hinterhältige Mord vollzogen war, wagte es die Reaktion nicht, zu ihren Verbrechen zu stehen. In den offiziellen Erklärungen der Regierung, in den Parteiorganen der SPD und in den Stellungsnahmen des pseudosozialistischen Zentralrats der deutschen Republik hieß es: "Liebknecht auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg von der Menge getötet"....

Die Trauer der Massen, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, war grenzenlos. Wo die Nachricht über die Ermordung Karls und Rosas hinlangte, senkten sich die Köpfe der Arbeiter, ballten sich ihre Fäuste in ohnmächtigem Zorn. Machtvolle Trauerzüge formierten sich in den Städten Deutschlands, in der sozialistischen Sowjetunion, überall.

Fortsetzung auf Seite 8

Arabische Völker
1974 wird im Zeichen des mutigen Kampfes stehen



Überall in den arabischen Ländern fanden zum 9. Jahrestag des Beginns der palästinensischen Revolution kämpferische Veranstaltungen statt. Der Führer der palästinensischen Befreiungsorganisation, der PLO, Arafat, betonte, daß das Jahr 1974 im Zeichen des mutigen Kampfes stehen werde. Auf einer Versammlung von Palästinensern in Bagdad erklärte ein Mitglied der PLO angesichts des Diktats, daß die Supermächte und Israel über das palästinensische und die anderen arabischen Völker ausüben wollen: "Wir wollen nicht nach Genf, wir wollen nach Jerusalem. Wir wollen dorthin nicht als Flüchtlinge, sondern als Revolutionäre".

In Bezug auf die Konferenz in Genf sind die israelischen Aggressoren inzwischen in die 'kompromißbereite' Rolle geschlüpft. Sie machen großen Wind um die Tatsache, daß sie sich bereit erklärt haben, ihre Truppen einseitig 30 km zurückzuziehen. In den Raum zwischen den israelischen und ägyptischen Truppen sollen UNO-Truppen einmarschieren.

Der Rückzug der israelischen Truppen aber ist eine Bedingung des Waffenstillstandsabkommens gewesen, die die israelischen Aggressoren sich bis jetzt geweigert haben, zu erfüllen. Das Land, von dem sie sich zurückziehen wollen, ist ägyptisches Land. Es besteht überhaupt kein Grund, weshalb in dieses ägyptische Territorium UNO-Truppen einziehen sollen. Daß die "Kompromißbereitschaft" Israels nichts ist als ein Lauern auf eine neue Gelegenheit zur Aggression gegen die arabischen Völker zeigt sich im übrigen daran, daß die israelische Armee nach wie vor in Alarmzustand ist. Nach wie vor werden Tag für Tag arabische Truppen angegriffen, nach wie vor dringen israelische Flugzeuge in arabischen Luftraum ein.

Aber die arabischen Völker werden sich von der 'Kompromißbereitschaft' der israelischen Aggressoren nicht täuschen lassen. Gerade das vergangene Jahr 1973 hat deutlich gezeigt, daß es nur einen Weg zur Befreiung des palästinensischen und der anderen arabischen Völker gibt: den Sieg im Volkskrieg!

ES LEBE DER BEWAFFNETE PALÄSTINENSISCH-ARABISCHE BEFREIUNGSKAMPF

Englische Arbeiterklasse im Kampf gegen wachsende Armut

In England gehen die Lichter aus, sowohl in den Häusern und auf der Straße, als auch im übertragenen Sinn. Die Produktion läuft nur noch drei Tage in der Woche, 16 Millionen Arbeiter müssen kurzarbeiten. Weit über 1 Million sind arbeitslos. Die Währung zerfällt, die Preissteigerungsrate beträgt rund 15 %. In größerem Ausmaß drohen Betriebsschließungen und Bankrotte. Das kapitalistische System in England ist zutiefst erschüttert.

Mit dem berüchtigten Drei-Phasen-Programm, bei dem die Löhne eingefroren wurden, während die Preise munter stiegen, versuchte die Regierung Heath der inflationären Entwicklung auf Kosten der englischen Werktätigen Herr zu werden. Der Beitritt zur EWG verschärfte die Krise.

In dieser Lage nahm die englische Arbeiterklasse den Kampf gegen den Lohnstopp und gegen das spätere 7%-Lohndiktat auf. Ihre Lohnforderungen lagen und liegen weit über der provokatorischen 7%-Grenze. Vielerorts traten die Kollegen zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik. So die Arbeiter der Kraftwerke, die Gaswerker, die Docker, in der Kfz-Branche und in vielen anderen Bereichen.

Die Streikwelle gipfelte schließlich im Bummelstreik der Eisenbahner und im Überstundenstreik der Bergleute. Letzterer hat seine besonderen Gründe. Die Bergwerke liegen vorwiegend in wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten, der Lohn der Kumpels ist seit langer Zeit extrem niedrig. Die Last der Teuerungen trifft sie doppelt hart. Deshalb verweigern sie alle Überstunden, solange ihre Forderung nach 25% mehr Lohn nicht erfüllt ist. Die staatliche Kohlenbehörde hat sie bisher abgelehnt. Lieber wird der Strom gedrosselt, wird die Produktion auf drei Wochentage reduziert, oft ohne Lohnausgleich und Kurzarbeit.

Diese Entwicklung ist nur der vorläufige Höhepunkt einer langanhaltenden, ständigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der englischen Arbeiterklasse, die nur als Verarmung bezeichnet werden kann. Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind durch die rücksichtslose Profitpolitik des britischen Imperialismus viele vormals blühende Industriegebiete, wie z.B. Liverpool oder Glasgow, zu trostlosen Slumregionen geworden. Es ist heute so, daß die Situation des hochindustrialisierten Englands sich nur wenig von der Italiens beispielsweise unterscheidet: einige wenige Industriezentren und weite, der Armut ausgelieferte Gebiete. England ist heute eines der 'Armenhäuser' Europas.

Die englische Arbeiterklasse ist im Kampf gegen das Lohndiktat in die Offensive übergegangen. Die wachsende Ruinierung ihrer Existenz, die wachsende Ruinierung ihres Landes wird die englische Arbeiterklasse letztlich dadurch beenden, daß sie in der sozialistischen Revolution unter der Führung der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten mit dem verfaulten britischen Imperialismus Schluß macht.

Benzinpreise sollen weiter steigen!

Mit Beginn des neuen Jahres haben vier Länder gemäß den Beschlüssen der erdölproduzierenden Länder ihre Preise erhöht. Der Preis des lybischen Erdöls steigt ungefähr um ein Drittel, die Preiserhöhungen Nigerias, Boliviens und Indonesiens liegen etwas niedriger. Diese Preiserhöhungen sind gerechtfertigt. Sie sind ein Schritt im Kampf der kleinen Länder, um sich gegen die Ausplünderung durch die Monopole der imperialistischen Länder zu wehren.

Die westdeutschen Imperialisten sind durch die Preissteigerungen erheblich betroffen, da sie rund 25% ihres Erdöls aus Lybien, 10% aus Nigeria beziehen. Nach Bonner Berechnungen werden sie ungefähr 15 Milliarden DM mehr zahlen müssen.

Während die Bonner Regierung auf Anfragen scheinheilig so tut, als sei noch unklar, wie die "neue Situation verkraftet" werden soll, haben die Ölkonzerne bereits vor Weihnachten ausgeplaudert, daß die Werktätigen die Rechnung mit Erhöhung der Preise für Benzin und Heizöl bezahlen sollen.

Und eines wußte die Regierung schon jetzt sicher: die Mineralölsteuer soll nicht gesenkt werden. Diese Steuer aber machte bisher über 60% des Benzin- oder Heizölpreises aus. Der Preis, den die Ölkonzerne an die erdölliefernden Staaten zahlen mußten, dagegen noch nicht einmal 1%. Die Regierung hatte eine Erklärung schnell bei der Hand: man müsse ja schließlich etwas für den Verkehr tun... Das ist nichts als eine dumme Ausrede. Die Ausgaben für den Verkehr machen nur einen kleinen Bruchteil der Einnahmen durch die Mineralölsteuer aus, der Löwenanteil wandert in den großen Steuertopf, aus dem der Löwenanteil wiederum für die Rüstung und Subventionen an die Kapitalisten gezahlt wird.

Die zu erwartende Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise, die weitere Kurzarbeit, die weiteren Entlassungen, die mit der Erhöhung der Preise durch die erdölproduzierenden Länder 'begründet' werden, gehen nicht auf Kosten der Ölscheichs. Sie gehen auf Kosten der Kapitalisten und ihrer Regierung. Die erdölliefernden Länder sind im Recht, wenn sie die Preise für ihre wichtigsten Rohstoffe erhöhen, die die Imperialisten durch wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck niedrig halten wollen.

Der Feind steht im eigenen Land!

Menschenmaterial für Israel

Bei seinem Besuch in den USA versprach Breshnew Nixon, eine Rekordzahl von Juden nach Israel zu lassen. Breshnew hat sein Versprechen gehalten: 34 750 Juden 3 250 mehr als im Jahr zuvor, wanderten in Israel ein, um so direkt als Soldaten oder indirekt als Arbeitskräfte für die verwaisten Fabriken die israelischen Aggressoren zu unterstützen. Allein im Dezember waren es 3 050 Juden, die in Israel einwanderten.

Für diese Juden, die nach Israel einwandern, gibt es kein Zurück mehr. 250 Juden, die nicht in Israel bleiben wollen, warten inzwischen in Wien auf eine Wiedereinreise in die Sowjetunion. Die Sozialimperialisten verweigern ihnen jedoch die Rückkehr in ihre Heimat.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß die Sozialimperialisten keineswegs bedauern, daß tausende von Juden aus der SU ausreisen, wie sie den Völkern weismachen wollen. Sie haben vielmehr ein deutliches Interesse daran, den israelischen Aggressoren mit den auswandernden Juden, unter denen sich viele Spezialisten befinden, den Rücken zu stärken, um so den arabischen Völkern in den Rücken zu fallen.

Söldner für Israel

Vor einiger Zeit bekamen die Jugendverbände in Westdeutschland einen Aufruf der "zionistischen amerikanischen Jugendorganisation" zugeschickt, in dem die Jugendlichen aufgefordert werden, in den israelischen Streitkräften zu dienen. In einem beiliegenden Fragebogen wird unter anderem nach "militärischer Erfahrung" und "militärischer Fachausbildung" gefragt.

Nicht nur für die israelische Aggressorenarmee wird geworben. Durch die weiterhin bestehende volle Mobilisierung der Streitkräfte fehlen der israelischen Wirtschaft Arbeitskräfte. Ein israelischer Wirtschaftsboß berichtete so im ARD-Fernsehen, daß man beispielsweise die Zitrusernte durch ausländische Freiwillige einbringen will, Solche Freiwillige werden schon seit Jahren mit Slogans wie "Ferien im Kibbuz" nach Israel gelockt.

Hier zeigt sich, was von der angeblichen Bonner Neutralität zu halten ist. Offen dürfen die israelischen Aggressoren unter der deutschen Jugend für ihren ungerechten Krieg gegen die arabischen Völker anwerben. Organisationen dagegen, die für den gerechten Kampf des palästinensischen und der anderen arabischen Völker eintreten wie die demokratischen Organisationen GUPA (Generalunion palästinensischer Arbeiter) und GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten) werden verboten.

Schluß mit der Unterstützung der israelischen Aggressoren durch die Bonner Regierung! Sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel! Sofortige Aufhebung des Verbots von GUPS und GUPA!

BERICHTIGUNG

Im Roten Morgen Nr. 1/74 schrieben wir irrtümlich im Artikel "Der Kampf an den Hochschulen wächst", daß 150 fortschrittlichen Studenten in Kiel Prozesse drohen. Es sind tatsächlich 20 bis 30 Studenten, gegen die Anzeige erstattet wurde. Die genaue Zahl ist noch nicht bekannt.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0 231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

OSRAM - WESTBERLIN

Lehrlinge kämpfen gegen Entlassungen

Drei Lehrlinge sollten bei Osram in Westberlin entlassen werden, darunter ein Jugendvertreter und ein Vertrauensmann. Zwei hätten angeblich ihr Berichtsheft nicht ordentlich geführt, hieß es, der dritte habe gegen das BVG verstoßen, weil er als "Rädelsführer" die Kollegen zum Streik aufgerufen habe.

Dies ist ein weiterer Versuch, der Geschäftsleitung die besonders klassenkämpferischen Lehrlinge einzuschüchtern. Durch den guten Kampf der Jugendzelle der ROTEN GARDE bei Osram und den Einsatz der Kollegen aber wurde daraus eine Niederlage für die Kapitalisten.

Gleich als die Genossen in der Lehrwerkstatt erfuhren, daß drei Kollegen entlassen werden sollten, informierten sie die anderen Lehrlinge. Am nächsten Tag auf einer Pausenversammlung wurde beschlossen, zum Lehrwerkstattleiter zu ziehen, um die Zurücknahme der Entlassungen zu fordern.

Als der sich 25 Lehrlingen gegenüber sah, war er natürlich für die Entlassungen nicht zuständig. Wir beschlossen, zum Betriebsrat zu gehen. Der Zug war inzwischen auf 30 Mann angewachsen. Beim Betriebsrat angekommen, fragten sich viele, ob sie nicht im Büro der Geschäftsleitung wären. Der Betriebsrat wollte nichts unternehmen und redete sich damit heraus, daß er ja nichts Schriftliches in der Hand habe. Damit die anderen merkten, daß das nichts als eine Ausrede war, machten wir den Vorschlag, den Leiter der Lehrwerkstatt herzuholen. Drei Lehrlinge wurden dafür bestimmt und forderten den Lehrwerkstattleiter auf, zum Betriebsrat zu kommen und die geplanten Entlassungen zu bestätigen. Doch dazu hatte er viel zu viel Angst. Er rief stattdessen den Betriebsrat an und sagte ihm, er solle die Lehrlinge an die Arbeit schicken. Der Betriebsrat erfüllte diesen Auftrag promt.

Am nächsten Tag wurde der Streik fortgeführt. In einer Versammlung wurde beschlossen, zum obersten Boß des Maschinenwerks, Öcker, zu gehen. 30 Kollegen besetzten sein Büro. Der machte vielleicht Augen. Sowas hatte er anscheinend in seiner ganzen Laufbahn noch nicht erlebt. Er versuchte es zunächst mit Reden über den "Rechtsstaat" und darüber, daß wir alle in einem Boot sitzen. Schließlich wollte er uns abwimmeln. Aber wir blieben. Einige Kollegen traten mit klassenkämpferischen Reden gegen ihn auf. Erst als er zu drohen begann, begannen einige Kollegen zu schwanken. Wir beschlossen, in der Messe über weitere Schritte zu beraten. Hier kamen sofort die Meister und versuchten zu spalten, indem sie sich die Kollegen einzeln herausgriffen.

Wir beschlossen, uns nach der Arbeit zu treffen. 20 Kollegen und ein klassenkämpferischer älterer Betriebsrat kamen. Auch am nächsten Tag sollte die Arbeit niedergelegt werden. Diejenigen, die Schule hatten, sollten trotzdem zur Arbeit kommen. Denn nur wenn wir geschlossen kämpfen und jeglichen Spaltungsversuchen entschlossen entgegentreten, können wir die Entlassungen verhindern.

Am nächsten Tag ruhte ab 9 Uhr die Arbeit. Voller Wut kamen Meister und Ausbildungsleiter in die Messe. Doch keiner von uns rührte sich. Erst als dann auch noch der Betriebsratsvorsitzende auf die Kollegen einredete, begann die Kampffront abzubröckeln, Wir beschlossen deshalb nach einer Stunde, den Streik abzubrechen.

Kurz darauf bekam der V-Mann seine Kündigung. Auf der Abteilungsversammlung, die bald darauf stattfand, hörte bei den vorbereitetem Themen niemand zu. Dann sprachen die Genossen und Kollegen gegen die Entlassungen und zeigten sehr gut, was dahinter steckte. Dabei ließen sie sich auch von den Drohungen des SEW-Betriebsrats, die Versammlung abzubrechen, nicht einschüchtern. Sprachen der Betriebsrat oder die Geschäftleitung wurde gerufen: Aufhören! Sprachen Genossen, wurde geklatscht. Man sah an der Versammlung, daß die Rote Garde gute Arbeit geleistet hatte. Kurz vor Weihnachten dann bekam der dritte Kollege seine Entlassung. Der Kampf um die Wiedereinstellung aller Kollegen geht weiter. Heute schon kann man sagen, daß eine Reihe von Kollegen sich für die Rote Garde interessiert. Anderen ist im Kampf viel klarer geworden, wer ihre Feinde und wer ihre Freunde sind. Insofern war der Kampf ein Erfolg für die Rote Garde. Es ist jedoch ein Fehler gemacht worden, der im weiteren Kampf korrigiert werden muß: wir hätten die älteren Kollegen in den Kampf mit einbeziehen müssen. Statt in der Messe zu sitzen, hätten wir durch die Abteilungen marschieren müssen., die Flugblätter der Roten Garde hätten auch an die älteren Kollegen verteilt werden müssen.

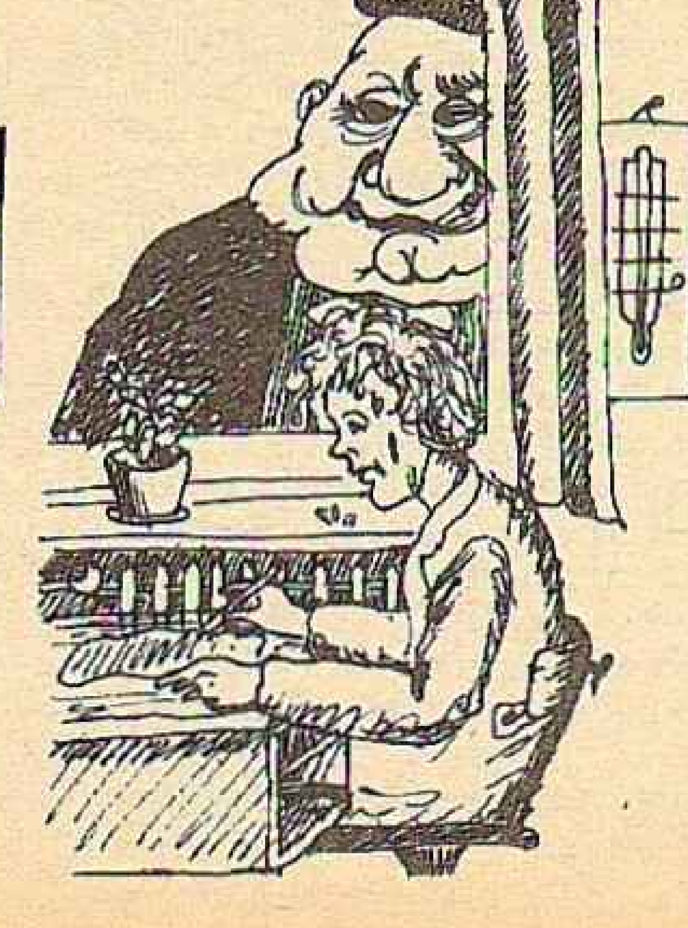
AUF ZU

HEIZÖL IST KNAPP
hilf mit sparen

"Warm arbeiten"

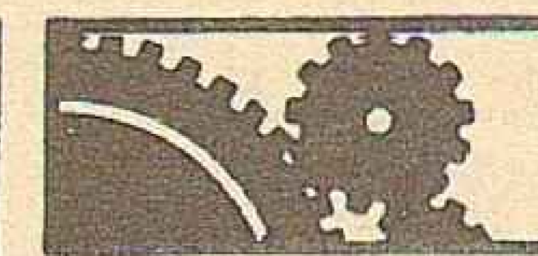
Diese Plakette hängt an allen Heizungen der Firma in Ingolstadt. Die Arbeiter, die morgens in einen eiskalten Betrieb kommen, hielten allerdings wenig von der "Solidarität gegen den Feind in der Wüste". Sie beschwerten sich bei den wirklichen Feinden: den eigenen Kapitalisten. Die Antwort: Arbeitet euch warm!

Wir haben uns erlaubt, die Zeichnung durch einige kleine Veränderungen der Wahrheit etwas näher zu bringen.



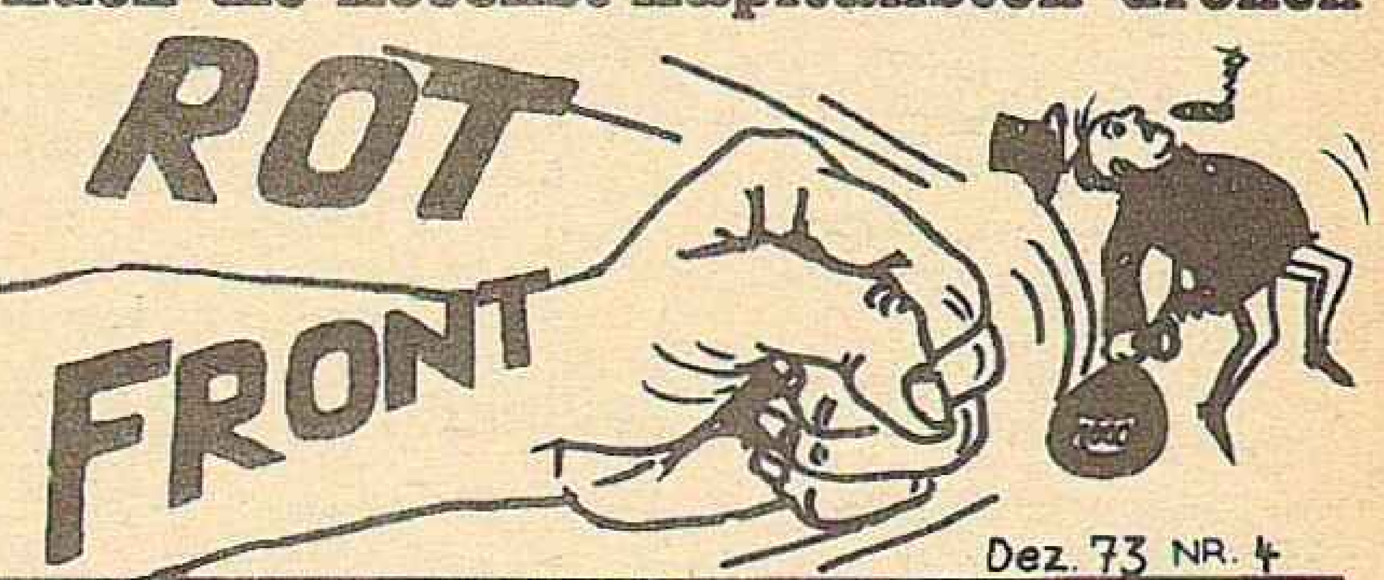
IG METALL: Auf den Unternehmer verband ist Verlaß

In der Dezembernummer der "Metall", Zeitung der IG-Metall, wird heftig geschimpft – auf den Filialleiter einer Commerzbank. Der Leiter dieser Filiale hatte in einem Brief an den Unternehmerverband festgestellt, daß die meisten ausländischen Arbeiter gar nicht wissen, was die 10 DM bedeuten, die sie automatisch von ihrem Lohn abgezogen bekommen. Offenbar sind sie also gar nicht gefragt worden, ob sie Mitglied der IG-Metall werden wollen. Die IG-Metall-Bonzen, peinlich berührt, fühlen sich von den Kapitalisten im Stich gelassen. Wo bleibt denn hier das Geschäftsgeheimnis? wird empört gefragt. Es gibt allerdings auch noch ehrliche Leute, wie der Artikelschreiber zufrieden feststellt: der Unternehmerverband hat auf den Brief nicht reagiert.



Arbeiterkorrespondenz

Auch die Hoechst-Kapitalisten drohen



BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR DIE FARBWERKE HOECHST

Auch die Farbwerke Hoechst versuchen, die arabischen Völker als Buhmann hinzustellen. Angeblich soll die Energiekrise daran schuld sein, daß einige Kunstfasern nicht mehr voll produziert werden können. Angeblich fehlt der Grundstoff PARA-XYLOL.

Aber Tatsache ist: Seit 2 Jahren ist der Absatz von Kunstfasern rückläufig und bereits vor 3 Monaten hatten die Kapitalisten erwogen, die TREVIRA-Abteilung stillzulegen. Davon wären 2.500 Kollegen betroffen worden. Das war zu einer Zeit als von dem Öl-Boykott der arabischen Staaten noch nichts zu hören war. Jetzt wurde Hoechst für 11 Tage zugemacht (Weihnachten bis Neujahr). Daß die arabischen Staaten Schuld sein sollen, ist reine Augenwischerei! Auch die Chemie ist von der Krise des gesamten kapitalistischen Systems betroffen. Und schuld daran ist allein die Sucht der Kapitalisten nach mehr Profit. Dabei ist ihnen alles egal, auch wenn Tausende von Arbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren.

DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND!

"Die Scheichs sitzen in Bonn!"

Die AEG in Neumünster wollte wie viele Betriebe zwischen Weihnachten und Neujahr unter dem Vorwand "Energiesparen" den Betrieb schließen. Die Kollegen, die keinen Urlaub mehr haben, müssen unbezahlten Urlaub oder Urlaub vom nächsten Jahr nehmen oder die ausgefallene Zeit an zwei Samstagen im Januar nacharbeiten. Mit nüchternem Auge betrachtet, ist jede dieser drei Maßnahmen, die der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung vereinbart hat, ein Verrat an den Kollegen. Wer von uns kann es sich leisten, unbezahlten Urlaub zu nehmen und so zwei Tage in den Sand zu setzen? Wer hat von dem geringen Urlaub zwei Tage über, damit er sie im Voraus nehmen kann? Und hat man nicht von der normalen Schinderei genug, daß man nicht noch 8 Stunden im Januar länger arbeiten will?

Deshalb war die Empörung unter den Kollegen von Anfang an sehr groß. Ein Kollege zum Beispiel: "Entweder gibt mir die AEG die Möglichkeit, zwischen Weihnachten und Neujahr zu arbeiten, oder sie bezahlt mir die Tage, wenn sie mir die Arbei verweigert".

Mit übelster Demagogie wie: "Ihr müßt doch die Regierung beim Energiesparen unterstützen" oder "Mitbestimmen - Mitverantworten" oder "Die Mehrheit nimmt Urlaub, deshalb muß sich die Minderheit fügen", setzte die Geschäftsleitung mit Hilfe des Betriebsrates und "linker" SPDler, die immer groß von "Systemveränderung" reden, diese Maßnahmen gegen die Kollegen durch. Die Betriebszelle der KPD/ML griff mit der Herausgabe des "ROTEN FUNKEN" in den Kampf ein. Sie entlarvte das Gerede von der "Solidarität" gegen den "gemeinsamen Feind in der Wüste", bei der nur die Arbeiter verzichten sollen. DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND!

Viele Kollegen gaben uns recht. "Die Scheichs sitzen in Bonn", sagten einige. Außerdem konnten wir feststellen, daß die Sympathien für die arabischen Völker und das palästinensische Volk und ihren bewaffneten Befreiungskampf wachsen.

Obwohl der Aushang über die Arbeitsregelung zwischen Weihnachten und Neujahr inzwischen an der Wand hing, machten sich einige noch Hoffnungen: vielleicht setzt der Betriebsrat wenigstens durch, daß wir die Nachholzeit selbst bestimmen. Die Kollegen beschlossen, jeden Tag eine Viertelstunde nachzuholen.

Zwei Tage vor Weihnachten mußten diese Kollegen beim Abteilungsleiter erscheinen: "Laut Beschluß des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung werden die zwei Tage an Samstagen nachgeholt. Diskutiert wird hier nicht". Außerdem wurde bekannt, daß die Nachholzeit nicht im Dezember bezahlt wird, sondern erst im Januar. Die Wut der Kollegen war groß: Im Dezember mit 17 Tagen nach Hause gehen, wer kann davon leben? (Heiligabend und Sylvester wurden bereits im November vorgeholt.) Der einzige Kommentar der "linken" SPDler dazu: "Ihr seid doch keine kleinen Kinder mehr, ihr könnt euch doch ein paar Mark aufsparen." Sofort marschierten einige Kollegen zum Betriebsrat und machten ihm Dampf. Da konnten sie ihn richtig kennenlernen: ohne rot zu werden erzählte er, daß der Betriebsrat selbst diese Regelung vorgeschlagen hatte, um so auch die letzten Kollegen "klein" zu kriegen. "Wieso", hieß es, "wir wollen doch Mitbestimmung, dann können wir auch nicht anders entscheiden, schließlich müssen wir ja auch die Mitverantwortung tragen!"

Das also ist die Mitbestimmung, die angeblich den Arbeitern soviel nützen soll! In Wirklichkeit nützt sie nur dem Kapital und seinen Handlangern.

Weg mit dem reaktionären Betriebsrat!

Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Vorwärts mit der KPD/ML

Wie die Bonzen unsere Mitgliedsbeiträge verwalten! KOSTEN VIEL - TUN NICHTS!

So sagen viele Kollegen, wenn sie über die Funktionäre der DGB-Gewerkschaften reden. Daß damit niemand Unrecht hat, ist leicht zu beweisen: Aus der "Aufwands- und Ertragsrechnung der IG-Metall vom 1.1.1968 bis zum 31.12.1970" geht hervor:

Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen:	500 000 000	
Ausgaben für Streikunterstützung:	166 105	(=0,035 %)
Ausgaben für Sitzungen der Spitzenfunktionäre:	61 000 000	(=12,2 %)

Betriebsstillegung in Metelen

WOVON SOLLEN WIR LEBEN ?

In der Silvesternacht 1973 hat die Seidenspinnerei Gebhard &Co AG ihren Betrieb in Metelen dichtgemacht. Ähnlich verfuhr sie mit ihren drei anderen Zweigbetrieben und mit dem Hauptwerk in Wuppertal.

Die Gemeinde Metelen, 5.386 Einwohner, davon nur 17 % in der Landwirtschaft beschäftigt, liegt im Kreis Steinfurt, 16 km von der holländischen Grenze entfernt, in einem Landstrich, wo sich viele kleine Gemeinden mehr schlecht als recht über Wasser halten. Metelen gehörte bis zur Silvesternacht 1973 zu den bessergestellten, denn dort gab es die Seidenspinnerei Gebhard, die 257 Arbeiter beschäftigte. So konnte sich Metelen z.B. ein Schwimmbad, einen Vogelpark und manches andere leisten, worauf andere Gemeinden verzichten mußten. **Die Gegend ist von Staat und Kapitalisten vernachläßigt worden. Wo keine größeren Betriebe sind, hat er keine kapitalistischen Interessen zu vertreten und kümmert sich nicht um die Entwicklung dieser Gebiete, die den Menschen dort helfen würde.** Doch dieser "Segen" in Metelen war teuer bezahlt: die Gemeinde war in allem und jedem von dem Kapitalisten Gebhard abhängig. Sie "lebte von ihm", wie sich die Leute in Metelen ausdrückten. Der Kapitalist Gebhard aber lebte von der Gemeinde noch viel besser. Im Umkreis von 100 km gibt es keine nennenswerten Betriebe, und so hatte Gebhard stets Arbeitskräfte zur Verfügung, die ihm auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Die Gewinne, die sie erarbeiteten, blieben natürlich nicht Metelen.

Zum Neujahrsfest – Entlassungen

Was das bedeutet, zeigte sich in der Silvesternacht. Vormittag war Betriebsversammlung, auf der über die "Notlage" der Firma geklagt wurde, sie hatte Kurzarbeit seit dem 17. Dezember, aber es fiel kein Wort über Entlassungen. Abends und nachts, zum Teil erst um drei Uhr und später im "neuen Jahr", erhielten die Arbeiter per Boten die Kündigung zugestellt. Ein Arbeiter erzählt: **"Das ist für uns eine Katastrophe. Wir sind alle ältere Männer, 45 bis 55, wo sollen wir überhaupt noch Arbeit bekommen. In unserer Gegend gibt es ohnehin keine. Wir haben fast alle Kinder, vier bis fünf, manche acht, einige sogar zehn. Erst vor kurzem haben sie die Fabrik mit den neuesten Maschinen aus der Schweiz und aus Japan ausgerüstet. Jetzt ist sie das Modernste auf ihrem Gebiet. Schon deshalb war niemand auf die Schließung gefaßt".**

Das wirkliche Ausmaß der Pleite erfuhren die Arbeiter erst auf der Betriebsversammlung am 4.1.74 im Katholischen Jugendheim. Man hatte die Arbeiter nicht erst seit dem Silvestermorgen hinters Licht geführt, sondern schon seit dem 15. August, als Gebhard Maschinen, Rohstoffe, Fertigwaren, Lohngelder etc. zur Deckung von Krediten an die Deutsche Bank abtrat. Die Deutsche Bank kaufte einen Großteil der Aktien der Gebhard & Co auf, undzwar nicht nur zum Kurs von 100, sondern auch zu höheren Kursen, bis zu 200. Aus Erfahrungen bei ähnlichen "Pleiten" in der Textilindustrie muß geschlossen werden, daß Gebhard selber sich mit dieser Manipulation gesundgestoßen hat. Er hat seine Schäfchen im Trockenen, desgleichen die Deutsche Bank. **Gebhard hat ihr auch noch die Lohn- und Kurzarbeitsgelder für Dezember abgetreten, die Arbeiter haben für diesen Monat noch keinen Pfennig bekommen. Viele haben gebaut oder sind durch dringliche Anschaffungen in Schulden geraten. Sie sind schon jetzt in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Ob sie den ausstehenden Lohn jemals erhalten, ist mehr als ungewiss. Jede Forderung muß erst errechnet, einzeln angemeldet und dann eingeklagt werden. Die Deutsche Bank ist zu keinerlei Zahlungen an die Arbeiter verpflichtet: das sind die "Normen" des kapitalistischen Rechtsstaates.**

Vor sechs Jahren passierte in der weiteren Umgebung eine ähnliche 'Pleite" und die Arbeiter prozessieren zum Teil noch heute um ihre Lohnforderungen.

IG Textil - Verwalter des Elends

In dieser Situation traten sogenannte "Helfer" auf den Plan, z.B. die IG-Textil. Ihr Vertreter Schewzik gebrauchte "harte" Worte auf der Betriebsversammlung, um das Verhalten der Firma zu geißeln. Demagogisch fragte er "lauthals und öffentlich" den Gesetzgeber, ob denn ein Gesetz noch tragbar sei, das bei Pleiten alles den Grossen zuschanzt und den "kleinen Mann" leer ausgehen läßt. An die Schilderung der Ausweglosigkeit auf "rechtlichem" Wege hängte er das Versprechen an, daß die IG-Textil "im Rahmen des Möglichen" helfen werde. Kein Wort darüber, wie. Auf die Frage: "Wir haben kein Geld, wovon sollen wir leben? " sagte ein zweiter IG-Textil-Bonze: "Das sind Einzelfragen, die können wir später regeln. Füllt erst mal alle eure Formulare aus, damit ihr den Anschluß bekommt".

Wirkliche Hilfe ist auch gar nicht die Aufgabe der IG-Textil-Bonzen, vielmehr kommen sie im Auftrag des Kapitals, um das Elend in organisierte Bahnen zu lenken. Statt die Kollegen zum Kampf zu mobilisieren, fordern die Bonzen sie auf, die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung schnell und sorgfältig auszufüllen. Mehr machen sie nicht. In Metelen drohten sie zugleich den Arbeitern: "Wer von uns Hilfe will, darf seine Mitgliedschaft in der IG-Textil nicht aufgeben." Zu deutsch: Zahlt weiter Beiträge, egal wie schlecht es euch geht."

Die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft gar bot die Auszahlung der Löhne auf Kreditbasis an. Man muß sich das vorstellen: weil die Arbeiter durch den Betrug der Firma in Not geraten sind, schlägt ihnen die Gewerkschaftsbank weitere Verschuldung vor, an der sie mit Zins und Zinseszinsen verdienen möchte. **Sie schlägt Kapital auch noch aus der Armut der betrogenen Arbeiter.**

Viele Arbeiter sind auf solche "Hilfe" nicht scharf. 20 von ihnen zogen zum Betrieb und verlangten ihr Geld, das ihnen rechtens zusteht. Ein Vorstandsmensch der Firma mußte in der Silvesternacht unter Polizeischutz gestellt werden, weil er zurecht Prügel von den Arbeitern befürchtete.

Verfall des Kapitalismus

Die "Pleite" bei Gebhard ist ein schlagender Beweis dafür, wohin es führt, wenn einige wenige Kapitalisten besitzen, was Hunderte von fleißigen Arbeitern erarbeitet haben. Sie ist ein Beweis für die Fäulnis des kapitalistischen Systems, in dem eine wertvolle, hochmoderne Fabrik und die für sie notwendigen hochqualifizierten Arbeitskräfte vor die Hunde gehen, weil es einer Handvoll Kapitalisten in den Kram paßt. **Eine Gemeinde und ihre Einwohner stehen vor dem Ruin. Gemeindedirektor Budde belegte das in einem Gespräch mit Mitarbeitern des ROTEN MORGEN mit Zahlen: 25 % der Erwerbstätigen der Gemeinde werden arbeitslos, der Großteil der Steuern fällt weg. Es gibt niemanden in Metelen, der von der Betriebsschließung nicht direkt oder indirekt betroffen ist.**



... und sofort ist Polizei da, um die Kapitalisten zu schützen.

Die "Pleite" von Gebhard & Co AG in Metelen ist kein Einzelfall, das häuft sich gerade in den unentwickelt gehaltenen Gemeinden an der holländischen Grenze, die auch so ein schweres Leben haben (z.B. Ibbenbühren, wo bei der drohenden Schließung der Zeche 30 000 Menschen in ähnlicher Weise betroffen sind. Das trifft in schwächerer Form auch Fabriken und Gemeinden in den Industriegebieten. Das zeigt, wie überreif der Kapitalismus und sein Staat für den Sturz durch die bewaffnete Revolution der Arbeiterklasse sind.. Von allein werden sie, trotz aller Fäulnis, niemals weichen.



Rund 600 Arbeiter und Angestellte der zur Klöckner-Gruppe gehörenden Vereinigten Drahtindustrie GmbH (Düsseldorf-Oberbilk) demonstrierten am Montag in Duisburg gegen die beabsichtigte Schließung ihres Werkes. In einer Resolution fordern die Beschäftigten die sofortige Zurücknahme des Beschlusses.

MORD AN PVC - ARBEITERN!

Seit mehr als 30 Jahren wird PVC weltweit hergestellt, – allein in der DBR fast 1 Million Tonnen im letzten Jahr.

Seit 25 Jahren ist bekannt, daß Arbeiter, die in bestimmten Produktionsbereichen an der Herstellung von PVC arbeiten, giftigen Vinychlorid-Gasen ausgesetzt sind, die schwere Gesundheitsschäden hervorrufen. Damals stellte die sozialistische Sowjetunion entsprechende Untersuchungen an, um die Gesundheit der russischen Arbeiter zu erhalten.

In diesen 25 Jahren wurden in der DBR riesige PVC-Betriebe aufgebaut - ohne die mindesten Schutzmaßnahmen. Tausende von Arbeitern mußten sterben. So sah der Gesundheitszustand von 20 Arbeitern in einem Bonner PVC-Betrieb bei einer ärztlichen Untersuchung aus (die meisten von ihnen waren weniger als 18 Monate im Betrieb!):

19 Arbeiter hatten eine Lebererkrankung, 16 Blutgerinnungsstörungen, bei 4 von ihnen lösten sich die Fingerknochen auf (im fortgeschrittenen Zustand waren sie bereits vollkommen zerstört), 3 Arbeiter litten an einer Erkrankung der Speiseröhre.

Keiner dieser Arbeiter, keine Arbeiterwitwe, deren Mann an diesen furchtbaren Krankheiten starb, erhält eine Entschädigung. Denn diese Erkrankungen sind nicht als Berufskrankheiten anerkannt.

Seit mehr als 100 Jahren kämpft die Arbeiterklasse um bessere Arbeitsbedingungen. Sie hat den Kapitalisten Arbeitsschutzgesetze abgetrotzt, die ein Minimum an Gesundheitsfürsorge garantieren sollen. Aber das Beispiel der Bonner PVC-Arbeiter zeigt, was solche Gesetze für die Kapitalisten und ihren Staat sind: Ein Fetzen Papier, den sie nach Belieben zerreißen, wenn es um ihren Profit geht. Der Staat stellte nur etwa ein Hundertstel der notwendigen Kontrolleure ein, um die für die PVC-Herstellung geltenden Arbeitsschutzgesetze zu überwachen. Kein Richter schickte jemals einen Kapitalisten, der den Tod von Hunderten Arbeitern verschuldete, wegen Mord ins Gefängnis. Und in den DGB-Bonzen haben sie ihre besten Verbündeten.

Der Kampf der Arbeiter gegen diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen kann im Kapitalismus solange die Bourgeoisie an der Macht ist, niemals aufhören. Erst im Sozialismus, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und ihre Diktatur über die ehemaligen Ausbeuter errichtet hat, können solche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, daß die Gesundheit des Volkes erhalten und gefördert wird. Das zeigt das Beispiel der Volksrepublik Albanien.

Keine Arbeitshetze im Sozialismus

In Albanien, wo der Sozialismus aufgebaut wird, steht nicht der Profit, sondern das Wohlergehen der Arbeiter und der anderen Werktätigen an erster Stelle. Das zeigt sich auch in der Gesundheitsfürsorge im Betrieb. Mitglieder der "Gesellschaft der Freunde Albaniens" berichten in ihrer Zeitung "Albanische Hefte" darüber:

In allen Betrieben werden regelmäßig alle Arbeiter in bestimmten Zeitabständen vorsorgend untersucht, an besonders schweren oder gefährlichen Arbeitsplätzen z. B. routinemäßig alle 3 Monate. Die Arbeiter wechseln ihre Arbeitsplätze routinemäßig in angemessenen Zeitabständen (selbstverständlich erfolgt dieser Wechsel auch sofort, wenn bei Routineuntersuchungen auch nur die geringsten Gesundheitsschäden festgestellt werden). Ist die Arbeit besonders schwer und anstrengend, so besteht das Recht auf verkürzte Arbeitszeit bei gleichem Lohn - und die Pflicht zur Einhaltung dieser Regel. In der Gießerei im Traktorenersatzteilwerk in Tirana arbeiten die Männer z.B. 2 Stunden unter schweren Bedindungen, es folgten 2 Stunden bezahlte Arbeitspause, anschließend vier Stunden leichte Arbeit. Im Walzwerk bei Elbasan arbeiten die Kollegen 4 Stunden am Tag, haben dazwischen 4 Stunden Erholungspause und bekommen trotzdem 8 Stunden voll bezahlt. Sicherlich wäre es auch hier möglich (und viel profitabler), alle Kollegen ihre vollen 8 Stunden arbeiten zu lassen - aber das wird bewußt nicht getan, weil die Gesundheit der Menschen und ihr Wohlergehen auf lange Sicht den Albanern wichtiger erscheint. Zur medizinischen Versorgung im Betrieb gehört auch die laufende Kontrolle der Arbeitsbedingungen, der Schutzvorrichtungen, der Arbeitskleidung. Die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten in Albanien ist die niedrigste in Europa."

Schaffen wir bei uns gleiche Verhältnisse! Kämpfen wir gegen den weiteren Mord an Arbeitern, wie er täglich bei uns verübt wird, Und bereiten wir uns in diesen täglichen Kämpfen vor auf die sozialistische Revolution in unserem Land! Nur in einem freien, unabhängigen, sozialistischen Deutschland unter der Diktatur des Proletariats können wir uns ein menschenwürdiges Dasein und vernünftige Arbeitsbedingungen schaffen!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Wir grüssen unsere Bruderparteien in Frankreich und Polen

Am 31. Dezember 1965 wurde die illegale Kommunistische Partei im harten ideologischen Kampf gegen den Gomulka-Revisionismus gegründet. **Seither hat sie einen unerbittlichen Kampf gegen die neue Bourgeoisie geführt und nahm maßgeblich an den Arbeiteraufständen von 1970 teil.** Dieser Kampf nimmt unter der Herrschaft der Gierek-Clique besondere Schärfe an, da diese den offenen Wiederaufbau des Kapitalismus betreibt. Es gibt in Polen schon wieder Millionäre auf privatkapitalistischer Basis, die sogar noch vom Staat gefördert werden. **Dieser Wiederaufbau des Kapitalismus wird scheitern, die polnische Arbeiterklasse wird unter Führung der KPP siegen und den Sozialismus in Polen wieder herstellen.**

Am 30. und 31. Dezember 1967 erfolgte die Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten. Schon seit 1963 wurden die aufrechten Marxisten-Leninisten aus der revisionistisch entarteten KPF ausgeschlossen. Sie scharten sich um das im Februar 1965 zum ersten Mal erschienene Organ der Marxisten-Leninisten, die "Humanite Nouvelle', und nahmen den Kampf gegen Revisionismus, Sozialimperialismus, US- und französischen Imperialismus auf. **Inzwischen ist unsere Bruderpartei in Frankreich verboten worden und arbeitet unter den erschwerten Bedingungen der Illegalität. Trotz aller politischen Unterdrückung durch die Imperialisten und allen verzweifelten Angriffen der revisionistischen KPF wird die KPF/ML das französische Proletariat zum Sieg, zur Diktatur des Proletariats führen.**

Die KPD/ML wünscht ihrer polnischen und französischen Bruderpartei in enger proletarischer Verbundenheit viel Erfolg im Kampf für die proletarische Revolution und den Sozialismus.

Grusstelegramm

Kommunistische Partei Deutschlands
Marxisten-Leninisten
Zentralkomitee

Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens;

Genosse Haxhi Lleshi, Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien;

Genosse Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrats der Volksrepublik Albanien.

Liebe Genossen!

Zum 28. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Albanien senden wir Ihnen, der Regierung der Volksrepublik Albanien und dem albanischen Volk herzliche Kampfesgrüße. Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens hat das albanische Volk glänzende Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielt und die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats gegen alle Angriffe von Imperialismus und Revisionismus verteidigt. Überall in der Welt, auch in Westdeutschland, wächst die Zahl der Freunde Albaniens, des Leuchtfeuers des Sozialismus in Europa. Im Namen des deutschen Volkes wünschen wir Ihnen viel Erfolg beim weiteren Aufbau Ihres sozialistischen Landes.

Zentralkomitee der KPD/ML
i.A. Ernst Aust
(1. Vorsitzender).

PHILIPPINEN :

Der Widerstand des Volkes gegen die Marcos-Diktatur wachst !

In den letzten Wochen und Monaten wurden zahlreiche Führer der Oppositionspartei, der Liberalen Partei, wie Senator Benigo Aquino Jr. und selbst Leute aus Marcos' eigenen Reihen wie Senator Jose W. Diokno hinter Gittern gesperrt, führende Mitglieder der revolutionären Jugendorganisation, der Kabataang Makabayan, ermordet, die gesamte Presse gleichgeschaltet und Hunderte von Arbeitern, Landarbeitern und Bauern - insbesondere auf den Zuckerinseln Negros Oriental und Negros Occidental - verschleppt und inhaftiert.

Über 2 Milliarden Dollar Auslandsschulden, eine bankrotte Wirtschaft, Zehntausende von Arbeitslosen, riesige finanzielle Aufpäppelung solcher Mordbanden wie den "Monkees", des Metrocom (Metropolitan Command) und die weitere Gewährung der sog. gleichen Rechte - vorwiegend an das US-Monopolkapital, das auf den Philippinen derzeitig die fettesten Gewinne in ganz Asien einstreicht, nämlich 5 Dollar pro investierten Dollar - gehen auf das Konto der Marcos-Clique.

Um den wachsenden Volkswiderstand zu brechen, hat dieser Statthalter Washingtons jüngst eine Bestimmung erlassen, derzufolge alle Druckmaschinen, Papiereinkäufe, ja selbst Schreibmaschinen registriert werden müssen. Zuwiderhandlungen gelten als "subversive Aktion" und werden mit schweren Strafen geahndet.

Alle diese offen konterrevolutionären Maßnahmen zielen insbesondere gegen die Führerin der revolutionären Bewegung auf den Inseln - auf die Ende 1968, im harten ideologischen Kampf gegen die Revisionistenclique um Jesus Lava neugegründete Kommunistische Partei der Philippinen (ML) mit Genossen Amado Guerrero an der Spitze. Der unter ihrer Anleitung stehenden NPA (Neuen Volksarmee) gelingt es in stets größerem Maße, in Gebieten der nördlichen Insel Luzon, auf der Inselgruppe der Visayas sowie auf der südlichen Insel Basilan die Kämpfe der Arbeiter und Bauern erfolgreich zu führen. Nichts fürchten Marcos und seine US-imperialistischen Schutzherren mehr als die Kommunistische Partei, deren Programm den Weg aus der tiefgreifenden Krise, in der sich das Land befindet, weist: **revolutionärer Sturz des US-Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus auf dem Wege der bewaffneten volksdemokratischen Revolution.**

Gewehre statt Weihwasser

Vor kurzer Zeit machte auf den Inseln ein Fall Furore: Zum Entsetzen der erzreaktionären Gralshüter der Katholischen Kirche wurde während einer "Säuberungsaktion" der Regierungstruppen gegen eine vermutete Stellung der Neuen Volksarmee in der Provinz Negros Oriental ein gewisser Bernie Lopez mit seiner Frau als 'Unruhestifter" und "Aufrührer" festgenommen. Wie es sich wenig später herausstellte, handelte es sich bei diesem Bernie Lopez um den Pater Luis Jalandoni, während seine Frau ehemals dem "Guten Hirten"-Orden angehört hatte. Angeklagt wurden sie u.a. zum Zeitpunkt ihrer Gefangennahme einen 38 Kaliber-Revolver sowie Schriften des Vorsitzenden Mao Tse-tung bei sich geführt zu haben.

Aus dem Gefängnis schrieb Pater Jalandoni vor wenigen Tagen:

"Ich bin freiwillig ein Mitglied der Kommunistischen Partei geworden und habe in der revolutionären Bewegung führend gearbeitet. Ich stehe voll und ganz hinter dem nationaldemokratischen Kampf".

In einer daraufhin von zahlreichen Jungpriestern der betroffenen Diözese unterzeichneten Erklärung bringen diese ihre uneingeschränkte Solidarität mit Jalandoni zum Ausdruck und bekräftigen, zukünftig fest auf der Seite der ausgebeuteten Arbeiter und Bauern die über 90 % der Landesbevölkerung ausmachen, zu stehen. Das war ein harter Schlag gegen die besonders von "linken" Kräften im Klerus vertretene Theorie des "christlichen Sozialismus". Wie heißt es doch im Kommunistischen Manifest: "Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, mit dem der Priester das brennende Herz des Aristokraten segnet".

Verstärkte Razzien

In den letzten Tagen haben sich daraufhin die Razzien selbst in den Kirchen verstärkt. Marcos' Polizeischergen wird's unwohl bei dem Gedanken, daß bereits unter den Beichtstühlen Feuerwaffen gehortet werden. Diese Razzien haben den Haß und die Wut des Volkes auf die Marcos-Diktatur vergrössert. Juan Ponce Enrile, amtierender Verteidigungsminister, wütend zu einer zusammengetrommelten Bischofsrunde: "Fordern Sie gefälligst die Priester auf, nicht am Boot zu rütteln". (Zitat nach "San Francisco Chronile", v. 6.11.73).

Der Fall Jalandoni gibt nur die Spitze eines Eisberges frei. Er zeigt wie groß die Sympathien bereits für die revolutionäre Sache der KP ist. Er zeigt: Nur unter Führung der KP und mit dem Gewehr in der Hand können die Blutsauger gestürzt werden.

KAMBODSCHA :

Lon Nol - Regime in der Schlinge

Feindliche Tanks sind durch Schläge seitens der Nationalen Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas zu einem Haufen Schrott geworden.

Wie eine Schlinge ziehen sich die Stellungen der Befreiungsstreitkräfte immer enger um Phnom Penh zusammen. Die Lage der 'Regierung' Lon Nol gleicht immer mehr der eines Verbrechers unter dem Galgen.

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres haben die Befreiungskräfte in ihren Flugblättern einen Angriff auf den Präsidentenpalast angekündigt und am 30.12. auch prompt durchgeführt. Dabei schossen sie einen Teil des Palastes in Brand. Weitere Ziele des Angriffs, der sowohl durch Raketenbeschuß als auch durch direkte Gefechte erfolgte, waren Wohnungen von US-Diplomaten. Diese Vertreter des US-Imperialismus versuchen mit allen Mitteln, die Verräterclique um Lon Nol an der Macht zu halten, um ihren letzten Stützpunkt in Kambodscha zu retten.

Solche Aktionen der Befreiungskräfte beweisen, daß das Lon Nol-Regime ohne die Hilfe der US-Imperialisten nicht mehr existieren kann und vor seinem Sturz steht. Deshalb ist es plötzlich zu Verhandlungen mit den Befreiungskräften bereit und hofft, auf diesem Weg seinem Untergang zu entgehen.

In Kambodscha zeichnet sich immer mehr der Sieg der Befreiungskräfte ab, der Sieg im Volkskrieg.

Diese 'Regierung' ist nur noch eine Farce. Zwar gibt es noch Ministerien und Dienststellen, aber ihre Macht reicht nicht einmal bis zu den Stellungen der eigenen Truppen. **In Phnom Penh selbst** operieren militärische und politische Kader der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha. Sie verteilen Tausende von Flugblättern, in denen sie die Bevölkerung auffordern, sich aus der Umgebung der nächsten Angriffsziele fernzuhalten. Zu Tausenden folgen die Einwohner Phnom Penhs der Aufforderung, auf das Gebiet der Befreiungskräfte überzusiedeln.

Aus aller Welt

PERU: Am 30.12.1973 beschloß die peruanische Regierung unter General Juan Velasco Alvarade die Verstaatlichung aller Bergwerke (Kupfer, Zink, Wismuth, Eisenerz, Silber und Gold) der US-Amerikanischen Bergbaugesellschaft Cerro und ließ alle Banknoten dieser Gesellschaft einfrieren. **Damit ist eines der größten Bergbauunternehmen Lateinamerikas den US-imperialistischen Räubern entrissen worden.**

INDIEN: Auf einer Kundgebung in Nagpur wurde Indira Ganhi von der Menge ausgepfiffen und mit Schuhen beworfen. '**Wir wollen Lebensmittel, keine Reden!"** riefen die Menschen. Wie in anderen Bundesstaaten, legten auch in Nagpur die Arbeiter durch einen Generalstreik das öffentliche Leben lahm. **Im Staat Maharashtra sind bei machtvollen Demonstrationen gegen die Rationierung von Lebensmitteln und die maßlosen Preissteigerungen mindestens sechs Demonstranten von der Polizei des reaktionären Gandhi-Regimes getötet worden.**

Sind lange Haare fortschrittlich ?

In der Nummer 34 des Roten Morgen vom 1.September 1973 veröffentlichten wir den Brief einer Leserin aus München, in dem die Kollegin schildert, wie begeistert sie war, als sie im Gespräch mit den Verkäufern des Roten Morgen und beim Lesen unseres Zentralorgans erfuhr, daß unsere Partei sich gegen Beat- und Popmode, lange Haare, Hippy-Kleidung usw. wendet und daß diese Einflüsse auch in den Volksrepubliken China und Albanien bekämpft werden. Dieser Brief, den die Redaktion kurz kommentierte, löste unter unseren Lesern – innerhalb und außerhalb der Partei und der Roten Garde – eine große Diskussion aus. Wir wollen deshalb, um gleichzeitig auch die vielen Leserbriefe zu diesem Problem zu beantworten, noch einmal auf die Frage eingehen, welche Haltung wir Kommunisten zu schädlichen Einflüssen der bürgerlichen Ideologie in der Jugend einnehmen müssen.

Wenn wir als Kommunisten die Frage stellen, ob eine Sache richtig oder falsch ist, dann gehen wir vom Standpunkt der Arbeiterklasse an diese Frage heran. Für uns steht die Frage so: **Nützt diese Sache der Arbeiterklasse, dient sie der proletarischen Revolution oder nützt sie den Kapitalisten und der Reaktion und schadet sie der Arbeiterklasse?** Die Antwort auf diese Frage entscheidet nicht nur Fragen der Strategie und Taktik der Revolution, sondern auch Probleme kommunistischer Moral, wie sie zum Beispiel in der Frage aufgetaucht sind, welche Haltung wir zu Modeerscheinungen wie lange Haare, Hippykleidung, superkurze Miniröcke, aber auch zu Erscheinungen wie Rauschgift und Sexwelle einnehmen.

Was heisst "kommunistische Moral"?

Für uns Kommunisten gibt es keine Moral, die über den Klassen steht, keine "sittlichen Werte", die vom Himmel fallen. Die bürgerliche Moral der Kapitalisten dient den bürgerlichen Klasseninteressen. Die Bourgeoisie will dem Proletariat ihre Moral aufzwingen, damit die Arbeiterklasse sich schicksalsgleich in Ausbeutung und Unterdrückung ergeben soll. **Im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Kapitalistenklasse, aber entwickelt das Proletariat seine, die proletarische Moral. Sie ist ausgerichtet auf die Eigenschaften und Tugenden, die die Proleten entwickeln und fördern müssen, damit sie als Klasse in der Lage sind, die Herrschaft der Kapitalisten durch die gewaltsame Revolution zu stürzen, um die Herrschaft der Arbeiterklasse über die Ausbeuter zu errichten.**

Zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Moral findet ein ständiger Kampf auch innerhalb der Arbeiterklasse statt. Wo die proletarische Moral Solidarität und Geschlossenheit fordert, predigt die bürgerliche Moral Individualismus und Konkurrenz. Wo die proletarische Moral die kameradschaftliche Partnerschaft von Mann und Frau fordert, predigt die bürgerliche Moral die Unterdrückung der Frau, ihre Degradierung zum Sexualobjekt und setzt die egoistische Verabsolutierung sexueller Befriedigung, den Aufruf, sich gegenseitig zu betrügen, an die Stelle vertrauensvoller Kameradschaft zwischen den Eheleuten. Wo die proletarische Moral den Haß auf die Kapitalistenklasse fordert, predigt die bürgerliche Moral 'Nächstenliebe' gegenüber den Ausbeutern. Wo die proletarische Moral die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Systems fordert, predigt die bürgerliche Moral den Pazifismus usw.

Wie in allen Fragen müssen die Kommunisten auch im Kampf gegen die bürgerliche Kultur, durch die sie verbreitet wird, vorangehen. Vorangehen müssen die Kommunisten in der Verteidigung und Stärkung der proletarischen Moral. **So wie die Kommunisten letztlich keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse verschiedenen Interessen vertreten, sondern als Trupp und Vortrupp ihrer Klasse diese Interessen und den Weg zu ihrer Verwirklichung nur am klarsten erkennen und am konsequentesten dafür kämpfen, so ist auch die kommunistische Moral nur der konsequenteste Ausdruck der proletarischen Moral. Die kommunistische Moral wird entscheidend dadurch geprägt, daß den Kommunisten bewußt ist, daß ihre Partei Führerin der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes ist.**

Unsere Haltung zu langen Haaren, Hippy-Kleidung, Beat- und Popmode usw. entscheidet sich also an der Frage, ob diese Modeerscheinungen der Kapitalistenklasse oder Arbeiterklasse, der Reaktion oder der Revolution nützen.

1. SIE SOLLEN DIE JUGEND VOM KLASSENKAMPF ABHALTEN!

Die Bourgeoisie weiß genau, daß die Jugend der aktivste und kämpferischste Teil des Volkes ist. **Darum will sie verhindern, daß die Jugend erkennt, daß ihre Freiheit untrennbar mit der Freiheit des gesamten werktätigen Volkes verbunden ist, daß auch die Jugendlichen nur im Sozialismus, unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wirklich frei sein werden.**

Stattdessen versucht die Bourgeoisie der Jugend einzureden, im Kapitalismus sei jeder seines Glückes Schmied: "Hans im Glück kann jeder sein" (bekannter Schlager). Dem Jugendlichen, der Tag für Tag 8 Stunden am Fließband oder an der Maschine steht, rufen sie zu: Raus aus dem grauen Alltag! Die verrückteste Musik, die verrückteste Kleidung, die verrücktesten Discotheken und Lokale, die verrückteste Haartracht - Hauptsache, die Jugend wird von der kapitalistischen Wirklichkeit, damit vom Klassenkampf abgelenkt.

> Vor kurzem bekam ich zufällig Ihre Zeitung "Roter Morgen" in die Hände und hatte auch Gelegenheit, mit den Verkäufern, die offensichtlich der KPD/ML angehören, zu sprechen. Und ich war gleich angenehm von der sauberen äußeren Erscheinung dieser jungen Leute überrascht; die Jungens hatten durchweg gewaschene, kurze Haare und vernünftige, nicht so wie heute anscheinend übliche verrückte Kleidung und auch das Mädchen machte einen frischen, natürlichen Eindruck, wie man ihn heute gar nicht mehr antrifft. Auch während der Unterhaltung konnte ich mit den jungen Leuten wie mit normalen Menschen reden, was ja heute selten ist.
>
> Bitte verstehen Sie mich recht, aber es ist für eine alte Frau wie mich richtig erfrischend zu sehen, daß es noch nette junge Menschen gibt, die noch dazu, wie ich im Gespräch hören durfte, von Ihrer Organisation dazu angehalten und erzogen werden. Mein Respekt! Auch wenn ich nicht allem zustimmen konnte, was die jungen Leute sagen, so kann ich doch sagen, daß eine politische Organisation, die noch soviel Verantwortung für die Jugend zeigt, mein Vertrauen hat.
>
> Und auch als ich dann zu Hause Ihre Zeitung las, wie Sie gegen die häßlichen langen Haare bei jungen Menschen und auch gegen die aufreizenden Miniröcke der jungen Gören, die jedem natürlichen Schamgefühl, das wir Älteren ja noch zum Glück haben, Hohn spricht, Stellung bezogen haben, war ich angenehm überrascht; **auch daß sie Albanien so loben, wo sowas anscheinend nicht zugelassen wird von verantwortungsvollen Staatsführern, hat mich gefreut. In so einem sauberen Staat möchte ich gerne leben!**
>
> Sie müssen dazu noch wissen, daß ich zwei Enkel habe, die beide kommunistische Jusos sind, und die man mit ihren weibischen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann. Als ich sie fragte, was denn die älteren Parteimitglieder dazu sagen, sagten sie in ihrer schnoddrigen Art: 'Da kümmern die sich nicht drum!'
>
> Nicht zuletzt deshalb war ich von ihrer vorbildlichen Parteijugend überrascht und nicht zuletzt deshalb werde ich mir jetzt öfter den 'Roten Morgen' kaufen und mit China, wo die Jugend ja auch zur Ordentlichkeit erzogen wird, beschäftigen.
>
> Halten Sie Ihre Jugend weiter zur äußeren und moralischen Sauberkeit an, und ich werde Sie bei der nächsten Wahl wählen.
>
> Herzliche Grüße, E.G.
>
> **Kommentar der RM-Redaktion:**
>
> Liebe, neugewonnene Leserin aus München, wir haben uns über Ihren Brief sehr gefreut. Er beweist uns, daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht, wenn sie den schädlichen Einflüssen der Bourgeoisie auf die Jugend, aber auch auf die ältere Generation, eine Absage erteilt und den Kampf gegen den bewußt gesteuerten moralischen und kulturellen Zerfall aufnimmt.
>
> Wir sind uns unserer Verantwortung dabei bewußt. Denn keine anderen Staaten als die sozialistischen Staaten China und Albanien, keine anderen Parteien als die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien sind in der Lage, der Jugend und den älteren Menschen die moralischen und kulturellen Werte bewußt zu machen, für die es sich zu leben und zu kämpfen lohnt. Kommunistische Moral und kommunistische Kultur sind untrennbarer Bestandteil des revolutionären Befreiungskampfes gegen das Kapital und seinen Staat. Aus dem Proletariat und den unter seiner Führung kämpfenden Klassen und Schichten des Volkes gegen diesen gemeinsamen Feind allein können darum heute auch die Menschen erwachsen, die als wirkliche Helden der Massen bereit sind, ihr Leben für die Sache des Proletariats hinzugeben. Die Erziehung zu kommunistischer Moral und Kultur ist ein unabdingbarer Schritt auf diesem Weg.

Die Jugendlichen denken, sie würden die "Regeln der Gesellschaft durchbrechen", ihren "eigenen Weg gehen". Aber in Wirklichkeit wird dieser ganze Rummel ja von der Bourgeoisie aufgezogen, die dabei ja auch finanziell und politisch profitiert.

2. SIE SOLLEN DIE JUGEND IN DIE SACKGASSE DES INDIVIDUELLEN PROTESTS TREIBEN!

Natürlich sind viele Jugendliche, die lange Haare tragen, in vielen Fragen fortschrittlich. Im antiimperialistischen Kampf, im Kampf gegen den Militarismus, bei Rote-Punkt-Aktionen, Hausbesetzungen usw. fällt auf, daß ein relativ großer Anteil der kämpfenden Jugendlichen lange Haare trägt. Trotzdem sind auch hier die langen Haare Ausdruck eines falschen, kleinbürgerlichen Bewußtseins.

Warum tragen diese Kollegen und Genossen lange Haare? - Offensichtlich, weil sie damit ihre "Opposition", ihren Protest gegen die bestehenden Zustände deutlich machen wollen. Dieser Widerwille gegen die kapitalistische Gesellschaft ist gut und nicht schlecht. Er ist eine günstige Voraussetzung dafür, daß diese jungen Kollegen zu Klassenkämpfern und schließlich zu Kommunisten werden.

Aber genau bei diesem spontanen Haß vieler Jugendlicher auf die kapitalistische Gesellschaft setzt auch die Bourgeoisie mit ihrer Demagogie an. Sie sagt: **"Laß Dir nichts gefallen, marschiere nicht in der grauen Masse, protestiere!" So will sie die falsche Auffassung verbreiten, im Kampf gegen den Kapitalismus käme es vor allem auf den Einzelnen, auf seinen Protest an. Von diesem individuellen Protest aber hat die Bourgeoisie nichts zu fürchten. Sie fürchtet nur, daß die Arbeiterklasse sich unter der Führung der Kommunistischen Partei zusammenschließt, um ihre Herrschaft zu stürzen.**

3. SIE SOLLEN DAS VOLK SPALTEN!

Die Jugendlichen, vor allem natürlich die proletarische Jugend, sehen, daß das Leben ihrer Eltern gekennzeichnet war und ist durch Arbeit und noch mal Arbeit, häufig genug durch den Kampf um die nackte Existenz. Soll das auch ihr Schicksal sein? **- Mit allen Mitteln muß die Bourgeoisie versuchen, zu verhindern, daß die Jugend erkennt, daß für die Werktätigen eine glückliche und sorgenfreie Zukunft nur im Sozialismus möglich sein wird, daß Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung für die Werktätigen bedeutet und die ständige Angst, das wenige auch noch durch Krisen, Inflation und Kriege zu verlieren.**

Hier greifen die Kapitalisten zu einem besonders hinterhältigen Schachzug: Sie hetzen die Jugend gegen die Älteren und Alten auf. Sie sagen: "Eure Eltern sind an ihrer Lage selbst schuld, sie sind rückständig, verstehen die Welt nicht mehr richtig und bringen es darum auch zu nichts. Ihr seid modern, aufgeschlossen, ihr werdet es schon schaffen!" Sie behaupten, wenn ihr nicht das gleiche Schicksal wie Eure Eltern erleben wollt, dürft Ihr nichts von Ihnen übernehmen, müßt Ihr genau das Gegenteil von dem tun, was Eure Eltern gemacht haben.

Sie schafft eine eigene Mode (lange Haare, verrückte Kleidung usw.), die den Anschauungen und dem Empfinden der Älteren tatsächlich in allen Punkten widerspricht, sie völlig ausschließt und die Jugend isoliert.

Gleichzeitig entfaltet sie unter den älteren Menschen eine wilde Hetzkampagne gegen die Jugend. Sie sei undankbar, frech, übergeschnappt, verkommen, arbeitsscheu usw. Einflüsse dieser Hetzkampagne werden auch in dem Leserbrief deutlich, indem die Schreiberin die Jugendlichen als die eigentlichen Schuldigen angreift ("junge Gören"). Die Redaktion übt Selbstkritik, daß sie in ihrem Kommentar auf diesen Punkt nicht eingegangen ist. Das war ein Ausdruck des Rechtsopportunismus.

Die Kapitalisten wollen erreichen, daß der Haß auf die bestehenden Zustände sich gegen die Eltern und nicht gegen sie selbst richtet. Sie wollen verhindern, daß Alt und Jung gemeinsam den tatsächlichen Feind bekämpfen: die Kapitalistenklasse.

Lange Haare nur eine äusserliche Sache?

Viele Kollegen und Genossen schrieben uns, lange Haare seien doch nur eine äußerliche Sache, die nicht so wichtig sei. So schrieb uns ein Genosse aus Wattenscheid: "Ich glaube, Ihr faßt das Thema 'Haare und Kleidung' sehr oberflächlich an. Es geht doch nicht in erster Linie darum, ob jemand kurze oder lange Haare hat, sondern auf welcher Seite er steht: auf der Seite der Bourgeoisie oder auf der Seite des Proletariats".

Der springende Punkt ist aber doch gerade, daß die Frage, auf welcher Seite ein Jugendlicher steht, letztlich davon abhängt, ob er der bürgerlichen Ideologie erliegt oder ob er von der Ideologie des Proletariats, dem Marxismus-Leninismus, ergriffen wird. Fragen der Kultur, Fragen der Moral sind Klassenfragen, auf die die Partei im Klassenkampf eine klare Antwort geben muß.

Auch an diesem Frontabschnitt dürfen wir nicht zurückweichen. Es ist kein Zufall, daß auch und gerade die modernen Revisionisten lange Haare auf ihren Plakaten propagieren und versuchen, die Jugend mit Beatmusik einzufangen. Diese Herren wissen eben, was für die Kapitalisten nützlich ist, wie man noch am ehesten Verwirrung und Spaltung in die Arbeiterklasse tragen kann. **Die Propagierung der bürgerlichen Jugendkultur durch die D"K"P-Revisionisten ist ein wichtiger Faktor bei ihren verzweifelten Bemühungen, die Arbeiterklasse von der sozialistischen Revolution abzuhalten, sie an das kapitalistische System zu ketten.**

WERKTÄTIGE UND STUDIERENDE JUGEND:

HINEIN IN DIE ROTE GARDE!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Die internationale kommunistische Bewegung und die Spalter der GRF

In einem bombastisch aufgemachten Artikel "Das Programm der KPD und die internationale kommunistische Bewegung", der in der "Roten Fahne" 51/73 abgedruckt ist, versuchen die Führer der Gruppe Rote Fahne (GRF), ihre Spalterpolitik "theoretisch" zu untermauern. Dieses Machwerk, das neben Lügen, Geschichtsfälschungen und einem offenen Kotau vor dem sowjetischen Sozialimperialismus auch schändliche Angriffe gegen die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens enthält, zeigt einmal mehr, was die GRF unter "Proletarischem Internationalismus" versteht: Nicht Einheit, sondern Spaltung und unverschämte Angriffe auf den Marxismus-Leninismus.

Die Häuptlinge der GRF haben ein neues Wirkungsfeld entdeckt. Bei der Diskussion um das Programm, das sie Ende Januar verabschieden wollen, kamen sie zu der Erkenntnis: "Den imperialistischen Staatsapparaten steht eine verstreute, ideologisch und organisatorisch uneinheitliche marxistisch-leninistische Bewegung gegenüber".

Dem wollen sie abhelfen! "Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, infolge des Fehlens eines Programmes der kommunistischen Weltbewegung ein "nationales Programm" zu verfassen, denn ohne den Bezug auf die Entwicklung des imperialistischen Gesamtsystems und die Weltrevolution ist keine Frage des nationalen Klassenkampfes zu lösen".

Wer so sicher behauptet: "Seit der Auflösung der kommunistischen Internationale und der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung durch die modernen Revisionisten gibt es keine verbindliche Lösung der neuen Fragen und Aufgaben unter den Kommunisten, es bestehen unterschiedliche Auffassungen in wesentlichen, d.h. programmatischen Fragen", - wer solche Behauptungen aufstellt, der muß sich allerdings die Frage gefallen lassen: Welche "wesentlichen Probleme" sind denn das, über die Unklarheit besteht unter den Marxisten-Leninisten? Hat sich eine neue Entwicklung ergeben, die die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution in den kapitalistischen Ländern und die Notwendigkeit des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker widerlegt? Hat sich der Charakter des Imperialismus geändert, sodaß die Marxisten-Leninisten neu Stellung beziehen müssen zur Frage von Krieg und Frieden, zur Friedlichen Koexistenz? Gibt es "wesentlich" Neues zu melden über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, über die Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats oder über die führende Rolle der Kommunistischen Partei im Klassenkampf?

Nichts davon! Keine einzige dieser Fragen wird von der GRF auch nur genannt. Stattdessen behauptet sie, die "Probleme, die mit der Errichtung der Volksdemokratien verbunden" sind, seien ungelöst. Gerade dies aber war eine Kernfrage im Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus, der behauptete, das Erstarken des sozialistischen Lagers mache einen 'friedlichen Übergang zum Sozialismus' möglich. Wollen uns die Führer der GRF, die doch sonst so belesen sind, weismachen, sie wüßten nicht, daß diese Frage damals von den Marxisten-Leninisten im Kampf gelöst wurde? Oder wollen sie uns die alten revisionistischen Märchen vom 'friedlichen Übergang' wieder unterschieben, mit der Begründung, diese Fragen seien nicht gelöst? Die Wahrheit ist, daß in all diesen Fragen Einheit besteht unter den Marxistisch-Leninistischen Parteien, daß diese Einheit entstand auf der Grundlage eines harten ideologischen Kampfes gegen den Modernen Revisionismus den die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens führend vorantrieben.

Daß den Führern der GRF diese Fragen unklar sind, das glauben wir gern, beweisen sie es doch in ihrer täglichen Politik. Aber den marxistisch-leninistischen Parteien zu unterstellen, sie seien in wichtigen Fragen der Revolution uneinig, das ist die Politik von Spaltern, die gern einen Keil zwischen diese Parteien treiben würden. Die leichtfertige, bornierte Art, mit der sie hier ohne jedes Argument behaupten: Nichts ist gelöst, der Marxismus-Leninismus ist für die kommunistischen Parteien noch ein Buch mit sieben Siegeln, zeigt, wie sie an die Probleme der Einheit der Marxisten-Leninisten herangehen: anstatt den Kampf um diese Einheit voranzutreiben, leugnen sie, daß die kommunistischen Parteien auf der Basis des Marxismus-Leninismus stehen, disputieren sie jede wissenschaftliche Erkenntnis weg, um sich selbst als die großen Retter in der Not aufzuspielen. Sie, die sich hier als grosse Vorkämpfer für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung herausputzen wollen, versuchen in Wirklichkeit Verwirrung zu stiften und diese Bewegung zurückzuzerren. Wie hochnäsig sie auf die marxistisch-leninistische Bewegung herunterschauen von der hohen Warte ihrer intellektuellen Besserwisserei, das haben sie bereits vor 3 Jahren bewiesen, als sie in ihrer "Programmatischen Erklärung" schrieben: "Die ml-Bewegung folgte historisch genau auf die Veröffentlichung der 'Polemik über die Generallinie'... Als Produkt dieser ml-Bewegung in der BRD und Westberlin ist hier nur die KPD/ML zu erwähnen". Wenig später beschimpften sie dieses "einzige Produkt der ml-Bewegung in der BRD" mit den Worten "Watte im Kopf und Schaum vorm Mund." Das zeigt zur Genüge, was diese Herren von der Marxistisch-Leninistischen Bewegung halten!

KAMPF DEN ANGRIFFEN AUF DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS UND DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

Um ihr eigenes Licht heller leuchten zu lassen, sind die Führer der GRF gezwungen, den heldenhaften Kampf der chinesischen und albanischen Genossen gegen den modernen Revisionismus herunterzuspielen und in den Dreck zu ziehen. Dazu scheuen sie vor keiner Lüge zurück. Jeder Kommunist weiß, welche harten Kämpfe in den 60-iger Jahren um die Grundfragen des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus geführt wurden. Nicht nur in wichtigen theoretischen Schriften, sondern auch im praktischen Kampf gegen die Übergriffe der Sozialimperialisten hielten damals die chinesischen und albanischen Genossen das Banner des Marxismus-Leninismus hoch.

Die GRF freilich sieht das anders.

In ihren Augen wichen die chinesischen und albanischen Genossen vor dem ideologischen Kampf zurück, analysierten sie nicht die Weltlage, zeigten sie den Marxisten-Leninisten in aller Welt nicht den korrekten Weg. Vom heroischen Kampf der Partei der Arbeit kein Wort. Und das, was wir bisher für einen beispielhaften Kampf der chinesischen Genossen gegen die Revisionisten hielten, die harten Auseinandersetzungen auf den Moskauer Konferenzen 1957 und 1960, die Schriften gegen den modernen Revisionismus, das alles ist laut "Rote Fahne" "allenfalls geeignet, den offenen Abfall der Chruschtschow-Clique zu entlarven". Der "Vorschlag zur Generallinie" war eben nur ein 'Vorschlag', er faßte nicht etwa die richtige Linie zusammen, auf die sich die Marxisten-Leninisten in aller Welt stützen, sondern er "brachte die ideologischen Positionen zum Ausdruck, die die regierenden Parteien (!) in der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik Albanien und einer Zahl weiterer kommunistischer Parteien Asiens und Lateinamerikas gemeinsam waren". Im übrigen werden "auch in ihm nicht die historischen Lehren über die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und die Erfahrungen der Volksdemokratien allseitig untersucht und eine Wertung der Strategie, die der VII. Weltkongreß der KI beschlossen hatte, unterlassen."

Diese Angriffe auf die KP Chinas und die PAA sind ein Schlag ins Gesicht des proletarischen Internationalismus, sind eine Verhöhnung aller kommunistischen Parteien. Sie stehen in einer Reihe mit den spalterischen Angriffen, die die GRF bereits früher gestartet hat: Mit ihren Angriffen auf die PCE/ML, mit der Behauptung, die chinesischen Genossen verfügten nur über bruchstückhafte Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, mit ihrer Hetze gegen die PAA, weil diese die GRF nicht als Bruderpartei anerkennt. Sie steht in einer Reihe mit der Bündnispolitik der GRF, die die Marxisten-Leninisten beschimpft, aber mit Spalterorganisationen in Frankreich, Spanien, Italien, der Schweiz zusammenarbeitet, die nicht einmal Bündnisse mit Trotzkisten scheut.

Das, was die Führer der GRF den kommunistischen Parteien vorwerfen: Zurückweichen vor dem modernen Revisionismus, das allerdings betreiben sie ständig selbst. Wer im konterrevolutionären Putsch in Ungarn nur eine "Fehlentwicklung in den volksdemokratischen Ländern" sieht, wer die Machtübernahme der Chruschtschow-Revisionisten so beschreibt: "In der kommunistischen Weltbewegung bildeten sich zwei strategische Einschätzungen heraus, eine defensive (das revisionistische Lager – die Red.) und eine offensive (die kommunistischen Parteien)", wer die Lage in der revisionistischen Bewegung 1960 so charakterisiert: "Der Gegensatz zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus war nicht mehr zu überbrücken" – der ist ein Wasserträger des modernen Revisionismus. Die Marxisten-Leninisten in aller Welt werden sich für ein "Weltprogramm", für eine "Generallinie", die mit solchem Mist gedüngt ist, bedanken!

Freispruch für Genossen Sascha!

Nach ihrer Niederlage am Roten Antikriegstag 1972 in München, wo unsere Partei das Recht der Arbeiterklasse auf die Strasse mit revolutionärer Gewalt verteidigte, hetzte die Bourgeoisie ihre Klassenjustiz gegen Kommunisten und andere aufrechte Kämpfer. Zu insgesamt mehr als 6 Jahren Gefängnis wurden bisher 7 Antikriegstagsdemonstranten verurteilt.

Am 28. Januar wird in München die Reihe dieser Prozesse fortgesetzt. Angeklagt ist Genosse Sascha Haschemi wegen "besonders schwerem Landfriedensbruch, schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchter Gefangenenbefreiung und unberechtigtem Führen von Waffen."

Genosse Sascha, Aktivist der ROTEN GARDE, soll gleich zweimal bestraft werden. Da sein Vater Perser ist, Sascha also die iranische Staatsangehörigkeit besitzt, will ihn die Klassenjustiz nicht nur ins Gefängnis werfen, sondern auch aus der DBR ausweisen, obwohl er hier geboren und aufgewachsen ist.

Zweimal hat die Bourgeoisie aus Aktionen der Partei "Anklageschriften" gegen Genossen Sascha zurechtgezimmert. Beide Anzeigen sollen in der Verhandlung am 28. Januar "gerichtet" werden. Die Anklagepunkte selbst, die Ermittlungsmethoden, die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Ausländerpolizei, das alles zeigt die ganze Brutalität und Hinterhältigkeit, mit der der bürgerliche Staatsapparat gegen Kommunisten vorgeht, mit der er in Sascha einen aufrechten Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse in die Knie zwingen will.

So kam die Anklage Nr. 1 zustande: Im Sommer 72 beteiligt sich Sascha an einer Demonstration gegen den Bombenterror der US-Imperialisten über der Demokratischen Republik Vietnam. Trotz tätlicher Angriffe gelang es damals weder der Polizei noch dem rechtsopportunistischen "Arbeiterbund München", Transparente der Partei herunterzureißen oder die Verbrennung von Strohpuppen zu verhindern, die Nixon und Breshnew darstellten. Kein einziger Demonstrant wird verhaftet. Also greifen die Polizeibüttel zu anderen, faschistischen Methoden, um Genossen einzusperren: Sie umstellen ein Lokal, in dem die Genossen nach der Aktion diskutierten. Als Sascha nach Hause gehen will, wird er auf der Straße von zivilen Schlägern überfallen und zu einem Streifenwagen gezerrt. Genossen, die zu Hilfe eilten, werden mit Schlagringen, Knüppeln und Totschlägern niedergeschlagen. Zwei müssen ärztlich behandelt werden. Für Sascha und 5 andere Genossen heißt die Anklage: Widerstand und Gefangenenbefreiung!

Und das ist die Anklage Nr. 2: Am Roten Antikriegstag werden 21 Genossen verhaftet. Sascha ist nicht darunter. Trotzdem leitet die Polizei ein Verfahren gegen ihn ein. "Beweisstücke" sind Fotos, auf denen ein Mann mit Bart und Helm zu sehen ist, von dem die Klassenjustiz kühn behauptet: Das ist Sascha! Und "Waffen anderer Demonstrationsteilnehmer" - sprich Knüppel und Helme, die später am Kampfplatz von Polizisten eingesammelt wurden.

Nach einigen Monaten werden seine Eltern auf das Jugendamt gerufen. Gegen ihren Sohn liegen bereits zwei fertig ausgearbeitete Anklageschriften vor, in denen es u.a. heißt: "Der Beschuldigte weigert sich, zur Sache auszusagen."

Aber damit ist der Polizeiterror nicht zu Ende. Denn die Bourgeoisie muß erkennen: In Sascha steht ihr ein unbeugsamer Kommunist gegenüber, der sich durch drohende Gefängnisstrafen nicht schrecken läßt. Mutig kämpft er weiter, seine Kollegen hören auf ihn, wählen ihn zum Jugendsprecher.

Mitte April 73 beginnt der erste Antikriegstagprozeß. Sascha, der kurz zuvor seine Anklageschrift erhalten hat, ist zu dieser Zeit wegen Grippe krankgeschrieben. Trotzdem kommt er für einige Stunden zur Verhandlung, denn natürlich möchte er wissen, was da auf ihn zukommt. **Für Staatsanwalt Weiß ist es eines, Sascha erkennen und ihn beim Betrieb denunzieren. Geschäftsleitung und Betriebsrat jubeln: Sie sehen ihre Chance, den mutigen Jugendsprecher loszuwerden. Sascha wird fristlos entlassen. Daß er seither keine Lehrstelle mehr bekommt, kann man sich denken.**

4 Wochen später: Sascha will seine Aufenthaltserlaubnis verlängern lassen. Sonst war das eine reine Formsache. Denn selbst die bürgerlichen Behörden haben ihm bereits bestätigt, daß er zwar persischer Staatsangehöriger, aber deutscher Nationalität ist, sein Einbürgerungsantrag ist längst eingereicht. **Diesesmal aber hört er: Nein! Die Aufenthaltsgenehmigung wird seither nur um jeweils ein Vierteljahr verlängert - solange, bis seine Prozesse abgeschlossen sind. Zynisch rät ihm ein Beamter: "Fangen Sie schon mal an, persisch zu lernen".**

Die Absicht ist klar: Sascha soll verurteilt und dann abgeschoben werden. Ausgeliefert an ein Regime, wo Kommunist sein gleichbedeutend ist mit einem Todesurteil.

Tausende von Menschen haben sich bereits mit Sascha Haschemi solidarisiert. Jetzt, unmittelbar vor dem Prozeß, gilt es erneut, alle Kräfte anzuspannen. Der Freispruch für Genossen Sascha, seine Einbürgerung müssen durchgesetzt werden.

Prozeßbeginn: 28. Januar 1974 Amtsgericht München, Pacellistraße

Leserbrief

Euer Artikel im RM 48 'Das ist eine Mark zuwenig!" endet mit der Parole: Vorwärts **beim** Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition! Wie im RM 36 ausführlich dargelegt wurde, muß es im Augenblick heißen: Vorwärts **zum** Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, da "eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht vorhanden ist." (RM 36).

Genosse aus Hamburg.

Antwort der Redaktion: Genosse, Du hast recht, wenn Du darauf hinweist, daß es eine organisierte RGO im Moment nicht gibt. In RM 36 haben wir dargelegt, daß die RGO nicht – wie die Partei – von oben nach unten aufgebaut wird. Darum wurde im RM 36 betont, daß es nicht der richtige Weg ist, wenn einige revolutionäre Gewerkschafter die "RGO gründen", behaupten es gäbe die RGO jetzt als Organisation, sie müsse nur noch weiter aufgebaut werden. In diesem Sinn wäre die Parole "Vorwärts beim Aufbau der RGO" falsch.

Unsere Partei aber hat den Aufbau der RGO nicht auf die lange Bank geschoben. Durch die Arbeit der Kommunisten unter den Massen, insbesondere in der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung, wird diese Aufgabe natürlich bereits jetzt angepackt. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und ihre Organisierung kann nur im Klassenkampf aus der Massenbewegung heraus weiter entfaltet und vorangetrieben werden. Genau das macht die Partei gegenwärtig. In diesem Sinn ist die Parole "Vorwärts **beim** Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!" völlig richtig. Daß diese Parole in diesem Sinn zu verstehen ist, wird auch daran deutlich, daß der RM ja auch folgende Parole propagiert:

Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Fortsetzung von Seite 1

Trotz alledem

Karl und Rosa. Diese Namen standen für die deutschen Arbeiter und das internationale Proletariat, für den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für den konsequenten Kampf um den Frieden, für die begeisterte Unterstützung der Oktoberrevolution und der ersten Arbeiter- und Bauernmacht in der Welt. Sie standen für die Erreichung dieses Ziels auch in Deutschland, für die sozialistische Republik.

Rosa und Karl. Diese Namen waren der Beweis dafür, daß es den Kautzky, Ebert, Scheidemann und Noske wie auch den Führern der 'linken' USPD nicht gelungen war, das Erbe Marx' und Engels' in Deutschland auszulöschen. Kampf gegen das Kapital und Kampf gegen die rechten Sozialdemokraten und ihre 'linken' Feigenblätter in der USPD gehörten für Rosa und Karl zusammen. Aus dieser Einsicht heraus gründeten sie den Spartacusbund, der allerdings noch Teil der USPD war, aus dieser Einsicht heraus, aus den Erfahrungen der Oktoberrevolution und der Novemberrevolution in Deutschland entstand die KPD (Spartacus). Am 29.11.1918 schrieb Rosa Luxemburg in der Roten Fahne: **"Das Proletariat braucht an seiner Spitze eine sozialistische Partei, der der großen Stunde gewachsen ist. Für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit ist in der Revolution kein Platz."** Und am 30.12.1918 sagte Karl Liebknecht als Begründung für die unbedingt notwendige Löslösung von der USPD: "Die Trennung von ihr ist geboten durch die Treue zur Revolution."

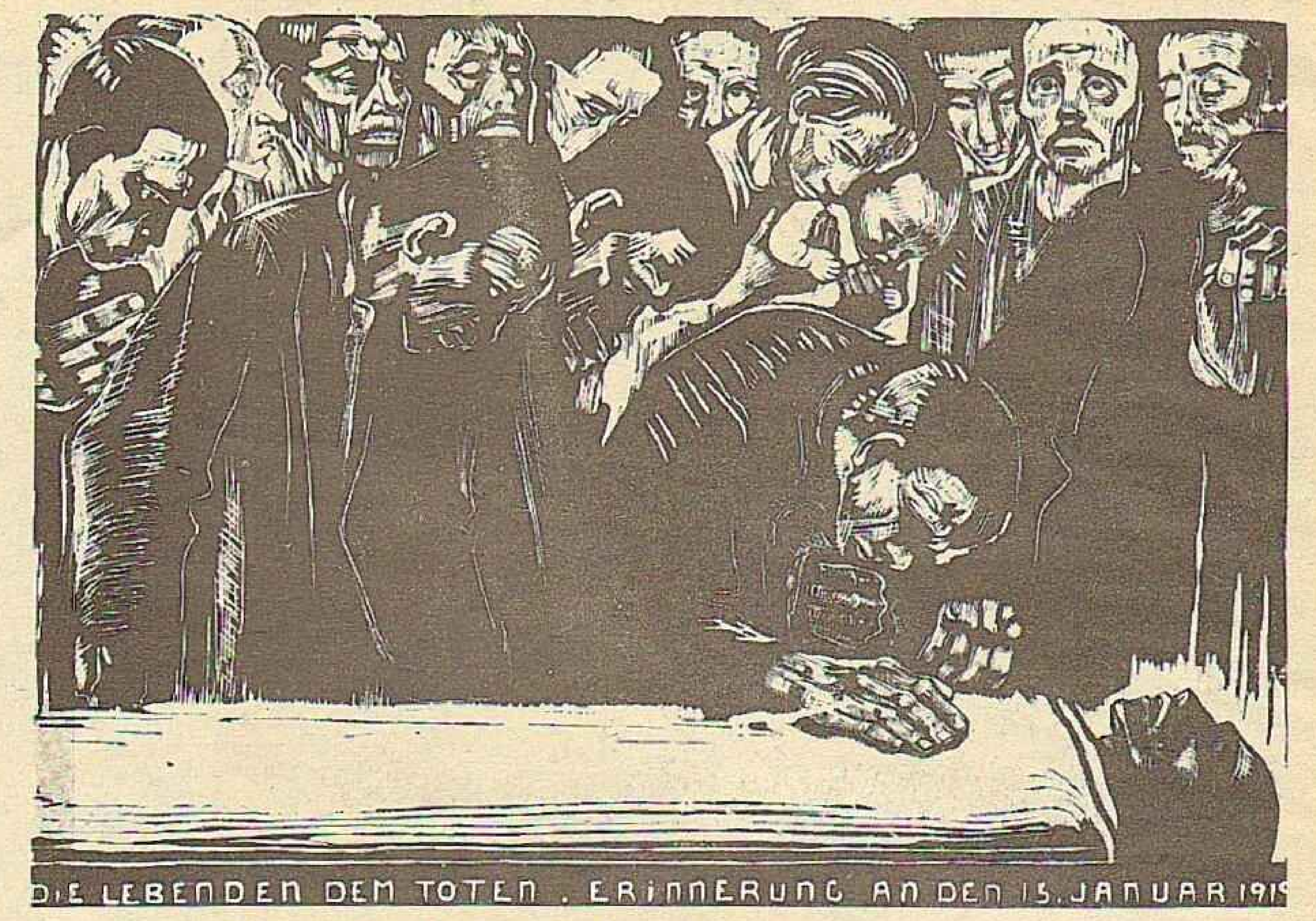
Hinter diesen Sätzen standen die Erfahrungen und das Blut der Novemberrevolution, der revolutionären Kämpfe seit dem Jahre 1915. In allen diesen Kämpfen hatten rechte wie 'linke' Sozialdemokraten bewiesen, daß sie zwar in Worten für Frieden und Sozialismus waren, in der Tat aber den Burgfrieden mit dem Kapital gemacht hatten. Und als die revolutionären Matrosen in Kiel, die revolutionären Arbeiter in ganz Deutschland sich mit der Waffe in der Hand gegen die Bourgeoisie stellten, da warfen sie sich in die Bresche, die die Arbeiter in die Ausbeuterordnung geschlagen hatten und sorgten dafür, daß anstelle der Diktatur des Proletariats die Republik der Ebert und Scheidemann ausgerufen wurde.

Schon früh warnten Rosa und Karl: "Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende Arbeiter enden! Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung der kommenden proletarischen Revolution in den Weg."

Die Massen in Deutschland wollten die proletarische Revolution, sie wollten die Macht der Arbeiter und Bauern. Und unermüdlich riefen Rosa und Karl ihnen zu: Gebt die Waffen nicht aus den Händen! Aber ohne einen revolutionären Kampfstab der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, war es nicht möglich, den Sieg endgültig zu erringen. Die junge, erst wenige Tage alte Kommunistische Partei konnte die Niederringung des Aufstandes in Berlin am 6. Januar nicht verhindern.

Durch die Schuld der rechten und 'linken' Sozialdemokraten erstickte die deutsche Revolution in einem Meer von Blut. Und doch konnte die Reaktion damit keinen wirklichen Sieg erringen. Sie konnte die Besten der deutschen Arbeiterklasse töten, aber ihren Geist konnte und kann sie auch heute nicht ersticken. Er lebte fort in der KPD Ernst Thälmanns. Er lebt fort in der KPD/ML. Am 15.1.1919, am Tag seiner Ermordung, sagte Karl Liebknecht den deutschen Arbeitern in der Roten Fahne:

"Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl! Niedergemetzelt die Hundert ihrer Besten!... Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!"



Abschied von Karl Liebknecht (Holzschnitt von Käthe Kollwitz)

Vorwärts mit der KPD/ML!

Zum 5. Jahrestag der KPD/ML erreichten das ZK der KPD/ML und die Redaktion des Roten Morgen eine Reihe von Glückwünschen, für die wir uns recht herzlich bedanken. Für die KPD/ML ist dieser 5. Jahrestag vor allem ein Tag, an dem sie die Lehren aus ihrer eigenen Geschichte zieht, um in Zukunft noch besser und erfolgreicher ihre Aufgabe als Führerin der westdeutschen Arbeiterklasse erfüllen zu können.

Von diesem Geist waren auch die Veranstaltungen geprägt, die bisher zum 5. Jahrestag der KPD/ML stattfanden.

Bereits am 15.12.73 feierten die Genossen in **Böblingen-Sindelfingen** den 5. Jahrestag der Gründung der Partei. Es war gleichzeitig die erste Parteiveranstaltung am Ort. Auf dieser Veranstaltung wurden 140 DM für die Unterstützung des Roten Morgen gesammelt.

In **Hamburg** hatten sich rund 250 Freunde und Genossen eingefunden, um den 5. Jahrestag der Gründung der Partei zu feiern. Begeistert wurde die Rede des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, aufgenommen. Der AP-Trupp "Rotes Sprachrohr" führte in einem Bilderbogen durch die Geschichte der Partei. Auf dieser Veranstaltung wurden dem Vorsitzenden der Partei insgesamt 5 165,39 DM übergeben, die die Genossen der Partei und der Roten Garde gesammelt hatten.

In **Dortmund** versammelten sich rund 70 Freunde und Genossen. Um Mitternacht traten die Genossen auf die Straße und begrüßten das neue Jahr mit dem Gesang der Internationale. Fast 300 DM wurden hier für die Partei gesammelt.

In **München** war der Veranstaltungssaal ebenfalls gefüllt. Der Münchner AP-Trupp "Sturmtrupp Roter Morgen" fand mit einem neuen Programm großen Anklang. Über 500 DM wurden für die Partei gesammelt.

In **Kiel** wie in anderen Städten auch wurde auf der Veranstaltung eine Grußadresse an das Zentralkomitee der KPD/ML verabschiedet. Mit der Grußadresse wurden 1 174,88 DM für die Partei geschickt.

Bert Brennecke (roter Soldat)

Kasernentore aufgeschlossen,
MG's auf der Mauer postiert,
Endlos der Zug der Genossen,
Der draußen vorbeidefiliert.

Wir sahen die Fahnenspitzen,
Das flammendrote Tuch...
Hinweg die Tressen, die Litzen,
Genug vom Kriege, genug!

Man sprach von Soldatenehre,
Die Hand am Pistolenknauf;
Da drehten wir um die Gewehre
Und rissen die Tore auf.

Da machten wir Geschichte,
Voll Hoffnung jeder Blick
Sahn wir im Morgenlichte
Die rote Republik!

Parteiveranstaltungen

Gelsenkirchen: Am 12.1.74 findet in Gelsenkirchen eine Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML statt. Beginn: 18.oo Uhr, Schützenhaus Hohenzollernstraße 34.

Es spricht der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust.

Bremen: In Bremen findet am 19.1.74 eine Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML statt. Beginn: 18.oo Uhr, Keglerheim in Bremen-Walle.

Am 17.1.1974 findet in Würzburg, Frankfurter Hof, eine Veranstaltung zum 5. Jahrestag der Gründung der KPD/ML statt. Beginn: 19.3o Uhr.

Parteibüros

Kiel Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762.

Bremen Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

München 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19 Tel.: 089/77 51 79.

Stärkt den ROTEN MORGEN!

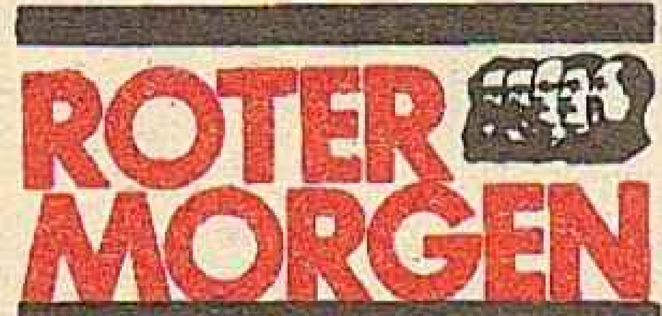
Seit dem 1.7.1973 gingen auf das Konto des ROTEN MORGEN Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert) folgende Spenden ein:

4.7.73 - C.S. München - 100,– DM, 9.7.73 - K.W. Hamburg - 51,– DM 10.7.73 - M.S. Köln - 10,– DM, 10.7.73 - M.S. Köln - 10,– DM 1.8.73 - Pokerrunde Kassel - 23,40 DM, 10.7.73 - M.S. Westberlin - 55,- DM, 11.7.73 - RG Gelsenkirchen - 1.000,- DM, 17.7.73 - O. Essen - 10,– DM, 19.7.73 - D.S. Kiel - 360,64 DM, 26.7.73 - Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel - 35,– DM, 2.8.73 - R.M. Dortmund - 11,50 DM, 6.8.73 - R.S. Marburg - 6,10 DM, 7.8.73 - J. Westberlin - 20,50 DM, 17.8.73 - P. Kiel - 100,– DM, 21.8.73 - OG Mannheim - 26,00 DM, 22.8.73 - Buchladen ROTER MORGEN, Westberlin - 40,– DM, 24.8.73 - PLV Bremen - 10,80 DM, 29.8.73 - RG Siemens Nürnberg - 200,– DM, 7.9.73 - Kollegen des Schaltwerks Westberlin - 20,– 7.9.73 - RM-Lesekreis Kiel-Garden - 48,50 DM, 10.9.73 - Telefunken Westberlin - 12,– DM, 14.9.73 - Flohmarkt Oldenburg - 53,25 DM 14.9.73 - S. Mannheim - 100,– DM, 19.9.73 - Soldatengenossen - 30,- DM, 19.9.73 - D.V. Wattenscheid - 50,– DM, 21.9.73 - M.C. Werdah - 10,– DM, 28.9.73 - H.Z. Westberlin - 30,– DM, 5.10.73 - M.F. Dortmund - 3,50 DM, 8.10.73 - Skatrunde "Roter Reizer", Flensburg - 42,50 DM, 8.10.73 - P. Kiel - 150,– DM, 9.10.73 - Sympathisanten aus Düsseldorf - 1.015,- DM, 13.8.73 - Kollegen Schlachthof München - 20,– DM, 13.8.73 - Schlachthofzelle München - 80,– DM, 6.9.73 - Stadtteilzelle Hannover-Linden - 30,– DM, 9.9. - L.W. Neuzenheim - 8,– DM, 13.9.73 - Genossen des ehemaligen KJVD Friedrichshafen - 20,– DM, 23.10.73 - P. Kiel - 150,- DM, 26.10.73 - M. Karlsruhe - 350,– DM, 2.11.73 Erlös der amerikanischen Versteigerung in Wuppertal - 70,– DM, 5.11.73 - M. Hamburg-Billstedt - 25,– DM, 6.11.73 - RM-Lesekreis in Kiel-Gaarden - 60,– DM, 7.11.73 - Flohmarkt in Marburg - 30,– DM, 15.11.73 - Sammlung auf Veranstaltung zum 55. Jahrestag der Novemberrevolution in Kiel - 178,50 DM, 16.11.73 - Sammlung in Kiel - 36,10 DM, 19.11.73 - H.B.V. - 40,– DM, 22.11.73 - Sch. Köln - 100,– DM, 26.11.73 - S. Göttingen - 26,– DM, 28.11.73 - G. Westberlin - 10,– DM, 28.11.73 W.T. Braunschweig - 9,– DM, 29.11.73 - Parteizelle Bruckmann, München - 55,– DM, 29.11.73 - Albanienveranstaltung in Westberlin - 80,– DM, 3.12.73 - RM-Lesekreis in Kiel-Gaarden - 40,– DM, 3.12.73 - P. Kiel - 100,– DM, 11.12.73 - H. Hamburg - 5,– DM, 11.12.73 - RM-Lesekreis Kiel-Gaarden - 45,– DM, 21.12.73 - H.J.S. Frechen - 50,– DM, 27.12.73 - W. Frankfurt - 25,- DM, 5,1,74 - D.L. Hattingen - 10,– DM,

SUMME: 5 137,17 DM
====================

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:



PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER..........

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....